

28. Juni 2013:
Am Ende der Wahlperiode
Debatte zum Thema

Ost-Renten

mit zahlreichen Anträgen der Oppositionsfraktionen und
null Aktivitäten seitens der Regierungsfractionen.

▪ die Anträge der Fraktion DIE LINKE

Angleichung der Renten in Ostdeutschland auf das Westniveau bis 2016
umsetzen (Drucksache 17/10996)

Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Korrektur der Überleitung von DDR-
Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht (Drucksache 17/7034)

Vertrauensschutz bei Rentenleistungen für alle aus der DDR-Geflüchteten,
Abgeschobenen und Ausgereisten gewähren (Drucksache 17/13453)

▪ das Protokoll der Debatte mit allen Reden

(von der LINKEN: Dr. Gregor Gysi und Dr. Martina Bunge)

▪ die Abstimmungsergebnisse

MdB Dr. Martina Bunge
Verantwortliche der Fraktion
für die Rentenüberleitung Ost
martina.bunge@bundestag.de
martina-bunge.de
Tel. 030/227-51320 oder -70067

MdB Matthias W. Birkwald
Rentenpolitischer Sprecher der Fraktion
matthias-w.birkwald@bundestag.de
matthias-w-birkwald.de
Tel. 030/227-71215

Fraktion DIE LINKE, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, www.linksfraktion.de

1. Juli 2013

Antrag

der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, Heidrun Dittrich, Klaus Ernst, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Yvonne Ploetz, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Angleichung der Renten in Ostdeutschland auf das Westniveau bis 2016 umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auch 22 Jahre nach der deutschen Einheit gilt in Ost und West ein unterschiedliches Rentenrecht, wird die gleiche Lebensleistung nicht in gleicher Weise in der Rente anerkannt. Dieser Zustand muss auf schnellem Wege und in gerechter Weise beendet werden.

CDU, CSU und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag „WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT.“ versprochen, noch in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West einzuführen. Dieses Versprechen wird die schwarz-gelbe Koalition nicht einhalten. Das hat die Bundesregierung der Fraktion DIE LINKE. auf Anfrage unmissverständlich zur Kenntnis gegeben. Das ist ein klarer Wortbruch.

Eine gerechte Angleichung muss kommen und 1. eine deutliche Verbesserung für alle heutigen Rentnerinnen und Rentner bringen. 2. Die Arbeitsentgelte Ostdeutscher müssen weiterhin hochgerechnet werden, um damit die ungleichen Durchschnittseinkommen in Ost und West auszugleichen. 3. Die Angleichung muss bis zum Ende 2016 abgeschlossen sein. 4. Die Angleichung darf nicht gegen eine vernünftige Wirtschafts- und Lohnpolitik ausgespielt werden. Es muss das eine getan werden, ohne das andere zu lassen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem beginnend ab dem 1. Januar 2013 ein steuerfinanzierter, stufenweise steigender Zuschlag eingeführt wird, mit dem für bis zu diesem Zeitpunkt im Osten erworbene Rentenanwartschaften der Wertunterschied zwischen den Rentenwerten in Ost und West bis zum Jahresende 2016 sukzessive ausgeglichen wird. Der Zuschlag wird solange gezahlt, bis der Unterschied zwischen dem jeweiligen aktuellen Rentenwert (Ost) und dem jeweiligen aktuellen Rentenwert (West) im Zuge der Angleichung der Löhne und Gehälter überwunden ist. Bis dahin bleibt die Hochwertung der Entgelte im Osten bestehen.

Berlin, den 16. Oktober 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Zum 1. Juli 2012 sind die Renten im Osten um 2,26 Prozent und im Westen um 2,18 Prozent gestiegen. Der aktuelle Rentenwert ist damit für Ostdeutsche mit 24,92 Euro dennoch weiterhin um 11 Prozent geringer als der Rentenwert für Westdeutsche (28,07 Euro). Das hat die bekannten bitteren Folgen: Nach 45 Jahren durchschnittlichen Verdienstes erhalten Ostdeutsche 142 Euro weniger Rente als Westdeutsche. Damit wird die wirtschaftliche Lebensleistung der Ostdeutschen in der Rentenversicherung schlechter bewertet als die der Westdeutschen. Während dieser Abstand bisher immer geringer geworden ist, steigt er seit 2010 wieder an, von 138 Euro im Jahr 2010 über 140 Euro im Jahr 2011 auf jetzt 142 Euro im Jahr 2012.

Bei der Angleichung der ostdeutschen Renten an das Westniveau geht es um Gerechtigkeit – und nicht um Almosen für den Osten. Ein weiterer Aufschub bedeutet, den ostdeutschen Rentnerinnen und Rentnern weiterhin eine gerechte Rente vorzuenthalten. Er bedeutet zugleich einen unverzeihlichen Wortbruch der schwarz-gelben Koalition.

Die Alterseinkünfte sind im Osten um 18 Prozent geringer als im Westen (vgl. Rentenversicherungsbericht 2008, Bundestagsdrucksache 16/11060). Das liegt vor allem daran, dass die gesetzliche Rente bei den Ostdeutschen mehr als 90 Prozent ihres gesamten Alterseinkommens ausmacht.

Auch die Unterschiede zwischen den Löhnen und Gehältern in Ost und West sind nach wie vor eklatant. Deshalb ist die rechnerische Angleichung der ostdeutschen Arbeitsentgelte nach wie vor dringend notwendig und muss so lange bestehen bleiben, wie die starken regionalen Lohnunterschiede zwischen Ost und West weiter existieren. Die Löhne und Gehälter liegen nach wie vor um ein Viertel unter denen im Westen. Zudem müssen Ostdeutsche für einen annähernd gleichen Lohn oft länger arbeiten und auf im Westen übliche Sonderzahlungen verzichten (vgl. WSI-Verteilungsbericht 2011 – WSI = Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut).

Die Aussage, die Tariflöhne hätten sich angeglichen, ist keine ausreichende Begründung, um die Hochwertung wegfallen zu lassen. Nach wie vor gibt es unterschiedliche Tarifabschlüsse zwischen Ost und West, zum Beispiel in der Pflege. Außerdem arbeitet mehr als die Hälfte (51 Prozent) der Beschäftigten in Ostdeutschland ohne Tarifvertrag (vgl. Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit).

Die Angleichung muss um der Gerechtigkeit willen bis zum Jahresende 2016 abgeschlossen sein. Ein nunmehr zügiges Vorgehen soll auch verhindern, dass eine mögliche Ignoranz folgender Bundesregierungen zu einer weiteren Verzögerung führt.

Antrag

der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Matthias W. Birkwald, Dr. Gregor Gysi, Dr. Dietmar Bartsch, Diana Golze, Roland Claus, Dr. Dagmar Enkelmann, Klaus Ernst, Dr. Rosemarie Hein, Dr. Barbara Höll, Dr. Lukrezia Jochimsen, Katja Kipping, Harald Koch, Jan Korte, Katrin Kunert, Caren Lay, Ralph Lenkert, Dr. Gesine Löttsch, Cornelia Möhring, Petra Pau, Jens Petermann, Yvonne Ploetz, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Raju Sharma, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Dr. Kirsten Tackmann, Frank Tempel, Kathrin Vogler, Halina Wawzyniak, Harald Weinberg, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Überleitung der Alterssicherungen der DDR in das bundesdeutsche Recht war im Prozess der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands eine sehr komplexe Aufgabe und hatte kein Vorbild. Fast vier Millionen Renten und Versorgungsleistungen sowie mehr als sieben Millionen Anwartschaften auf Alterssicherung mussten überführt werden. Das erfolgte für die meisten Menschen relativ reibungslos.

Bestimmte Regelungen wurden und werden aber von Betroffenen und Sachverständigen als Aberkennung von Lebensleistung empfunden und als Diskriminierung eingeschätzt.

Darüber hinaus zeigten sich im Laufe der Zeit Lücken in der Überführung, die für viele nicht nur Ungerechtigkeiten hervorbringen, sondern auch soziale Härten verursachen. Nicht nur Bestandsrentnerinnen und -rentner sind beschwert, sondern auch Neuzugänge, weil es viele Konstellationen gibt, die das Gesetz bislang nicht erfasst.

Bis heute gibt es Proteste, Petitionen und Klagen. Inzwischen sind viele Betroffene den langen Weg durch die Instanzen der Sozialgerichtsbarkeit gegangen; Änderungen am Renten-Überleitungsgesetz zugunsten der Betroffenen sind bisher allein auf diese Weise erreicht worden.

Aus dieser Gesamtsituation heraus ist 20 Jahre nach deren Inkrafttreten eine gründliche Überprüfung und umfassende Korrektur des Renten-Überleitungsgesetzes (RÜG) und des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) angezeigt.

Wenn Veränderungen der Überleitungsgesetzgebung angestrebt werden, geht es nicht um eine Besserstellung, beispielsweise gleicher Berufs- oder Fallgruppen

Ost gegenüber West, sondern es geht zuvörderst darum, Ungleichbehandlungen zwischen Ost und West abzuschaffen und letztlich auch darum, dem Vertrauensschutz zur Geltung zu verhelfen. Die Kostentragung der Rentenüberleitung muss insgesamt rechtssystematisch überprüft werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung einer Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht zu initiieren und baldmöglichst einzurichten, die die Wirkungen des Renten-Überleitungsgesetzes (einschließlich AAÜG) überprüft, dabei einen Vergleich der sozialen Lage gleicher Berufsgruppen in Ost und West im Alter vornimmt und auf deren Grundlage so zeitnah, dass diese noch in dieser Legislaturperiode gesetzgeberisch umgesetzt werden können, Lösungsvorschläge zu zumindest folgenden Problemfeldern unterbreitet bzw. folgende Forderungen berücksichtigt:

1. Überführungslücken, die dadurch entstanden sind, dass DDR-typische und in bundesdeutschen rentenrechtlichen Regelungen nicht abgebildete Sachverhalte nicht oder nur übergangsweise beziehungsweise nicht abschließend geregelt wurden.

Zu diesen Sachverhalten gehören

- a) der besondere Steigerungsbetrag bei Beschäftigten des Gesundheits- und Sozialwesens der DDR,
 - b) die besondere Situation von in der DDR Geschiedenen,
 - c) die berufsbezogene Zuwendung für Ballett-Mitglieder,
 - d) die Ansprüche von Bergleuten der Braunkohleveredlung,
 - e) Zeiten der Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen, speziell auch der Pflege von Impfgeschädigten vom Kindes- bzw. Jugendlichenalter an durch deren Eltern,
 - f) Zeiten von Land- und Forstwirten, Handwerkern und anderen Selbständigen sowie deren mithelfenden Familienangehörigen,
 - g) Zeiten zweiter Bildungswege und Aspiranturen, die unter zeitweiliger Aufgabe der beruflichen Tätigkeit absolviert wurden, ebenso Zeiten von Forschungsstudien und vereinbarte längere Studienzeiten von Spitzensportlerinnen und -sportlern,
 - h) Zeiten für ins Ausland mitreisende Ehepartnerinnen und Ehepartner sowie im Ausland erworbene Rentenansprüche,
 - i) sämtliche freiwilligen Beiträge (in Höhe von 3 bis 12 Mark) sowie Anwartschaftsgebühren zur Aufrechterhaltung von Rentenansprüchen.
2. Versorgungen der wissenschaftlichen, medizinischen, pädagogischen, technischen und künstlerischen Intelligenz sowie der besonderen Alterssicherung für die Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post, die durch die alleinige Überführung in die gesetzliche Rente nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) nicht anerkannt werden:

Beseitigt werden müssen die mittlerweile entstandenen Diskrepanzen in der Behandlung von Bestands- und Neurentnerinnen und -rentnern verschiedener Zugangsjahre, die Ansprüche aus Versorgungssystemen erworben haben.

Einer Klärung und Lösung bedarf auch, wie Weiterbeschäftigte solcher vormaligen Versorgungssysteme – insbesondere Professoren „Neuen Rechts“, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, Angehörige von Bundeswehr, Zoll und Polizei – ohne Lücken in den 90er-Jahren in bundesdeutsche Versorgungen einbezogen werden können.

3. Der Missbrauch von Rentenrecht als politisches Strafrecht, also von Sanktionen, die dadurch entstanden, dass bei bestimmten Ansprüchen und Anwartschaften willkürliche Eingriffe in die Rentenformel vorgenommen wurden, indem Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze gekappt und für die Rentenberechnung nicht anerkannt wurden, ist abzuschaffen.
4. Mit stufenweise steigenden Zuschlägen ist innerhalb der kommenden fünf Jahre für im Osten erworbene Rentenanwartschaften der Unterschied zwischen den Rentenwerten Ost und West sukzessiv auszugleichen. Die Hochwertung der Entgelte im Osten ist beizubehalten.
5. Die Finanzierungsregelungen sind insgesamt – also sowohl bezüglich des RÜG als auch des AAÜG – ordnungspolitisch denen der sonstigen Gesetzgebung zu renten- und versorgungsrechtlichen Fragen tatsächlich nachzubilden, so dass die Zahlbeträge bisheriger als auch künftig geänderter Regelungen differenziert die Versicherungsgemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Bundes- und Landeshaushalte zu tragen haben.
6. Die stufenweise Angleichung des Rentenwertes Ost an West in absehbarer Zeit ist als gesamtgesellschaftliches Anliegen aus Steuermitteln des Bundes zu begleichen.

Berlin, den 21. September 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Es ist nicht hinnehmbar, wie bisherige Bundesregierungen die durch die Rentenüberleitung entstandenen Probleme ignoriert haben. Auch die derzeitige Bundesregierung schiebt das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, ein einheitliches Rentenrecht zu schaffen, immer wieder auf. Zu vermuten ist, dass hinter dem „einheitlichen Rentenrecht“ eine wie auch immer geartete Angleichung des Rentenwertes Ost an West steckt. Nicht erkennbar ist, dass die Bundesregierung auch Korrekturen an der Art und Weise der Überleitung der DDR-Ansprüche in bundesdeutsches Recht vornehmen will.

Während bis vor einiger Zeit führende Politikerinnen und Politiker aus Bund und Ländern bei protestierenden Betroffenen durchaus die Hoffnung weckten, dass es zu Änderungen kommen wird, stehen in jüngster Zeit Abwiegungen im Vordergrund.

So wird immer wieder betont, dass es keine Vergleichbarkeit der Rentensysteme der DDR und der Bundesrepublik Deutschland gäbe und daher keine anderen Lösungen möglich wären. Zugleich wird der Befürchtung Vorschub geleistet, dass es für die Älteren in den neuen Bundesländern zu Besserstellungen gegenüber ähnlichen Personengruppen in den alten Bundesländern kommen könnte. Schließlich wird darauf verwiesen, dass auf dem Weg der Sozialgerichtsbarkeit alles ausgeurteilt wäre und kein Handlungsbedarf bestünde.

Die Alterssicherungssysteme waren in der DDR – ähnlich denen der Bundesrepublik Deutschland – sehr vielgliedrig für unterschiedliche Berufsgruppen. Neben Renten aus der Sozialversicherung gab es Zusatzversorgungen, die darauf aufstocckten, und Sonderversorgungssysteme, die eine eigenständige Versorgung darstellten. Damit vergleichbar gibt es in der Bundesrepublik Deutschland bei der Alterssicherung die gesetzliche Rente nach dem SGB VI, die mit den Versorgungen von Bund und Ländern (VBL) oder durch Betriebsrenten

ergänzt wird, oder die Beamtenversorgung oder berufsständische Versorgungswerke, die eigenständige Sicherungen darstellen.

Im Prozess der Herstellung der Einheit Deutschlands wurden diverse Regelungen zur Wahrung und Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus der Sozialversicherung und aus Versorgungssystemen der DDR getroffen. Festlegungen dazu finden sich unter anderem in Artikel 20 des Staatsvertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 und im Rentenangleichungsgesetz der Volkskammer der DDR vom 28. Juni 1990. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der Einigungsvertrag vom 31. August 1990. Während durch diese Dokumente die rechtmäßig erworbenen Ansprüche und Anwartschaften im Wesentlichen gewahrt blieben und überführt werden sollten bzw. unter eigentumsrechtlichen Schutz gestellt wurden, brachte das Renten-Überleitungsgesetz mit dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (vom 25. Juli 1991, BGBl. I S. 1606, 1677) eine Zäsur:

Erstens entstanden Überführungslücken, weil Sachverhalte und Zeiten, die nach DDR-Recht rentenwirksam waren, nur noch übergangsweise galten oder ersatzlos wegfielen. Durch die Ignorierung dieser DDR-Regelungen sind in vielen Fällen finanzielle Notlagen entstanden, insbesondere bei Frauen. Die Betroffenen werden auf die Beantragung der Grundsicherung im Alter (nach SGB XII) verwiesen. Hier ist der Vertrauensschutz in besonderer Weise verletzt, denn ganz bewusst wurde Vorsorge betrieben (beispielsweise durch Aufrechterhaltung der Rentenversicherung mit „geklebten“ Marken) oder man wähnte sich gesichert (beispielsweise die mithelfende Handwerkerfrau) oder man ging von der Anerkennung für die schwere, verantwortungsvolle Arbeit im Alter (die Höherwertung der niedrigen Entlohnung im Gesundheitssystem) aus. Dass diese Zusagen nun null und nichtig sein sollen, empfinden die Betroffenen nicht nur als Ungeerechtigkeit, sondern als willkürliche Diskriminierung.

Zweitens wurden zusätzliche Versorgungen durch die alleinige Überführung in die gesetzliche Rentenversicherung weitestgehend liquidiert. Wer einer solchen Zusatzversorgung angehört hatte, steht zum Teil bis heute von vornherein im Verdacht einer Staatsnähe und Privilegierung. Davon betroffen sind unter anderem viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nach 1990 aktiv am Aufbau einer neuen Forschungslandschaft in Ostdeutschland beteiligt waren und/oder international als anerkannte Fachleute gelehrt und geforscht haben. Im Vergleich mit ihren Altersgefährten aus dem Westteil der Bundesrepublik Deutschland steht ihnen nur ein Bruchteil von deren Versorgung zu.

Zu Recht hat der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen deshalb die Bundesrepublik Deutschland bei der Behandlung ihres Berichts am 2. Dezember 1998 aufgefordert, „als Akt der nationalen Aussöhnung Staatsbediensteten und Wissenschaftlern, die mit dem alten Regime in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik verbunden waren, eine Entschädigung zu gewähren und dafür zu sorgen, dass eine solche Entschädigung angemessen und fair ist“ (Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Behandlung der Staatenberichte nach den Artikeln 16 und 17 des internationalen Pakts über wirtschaftliche und soziale Rechte, Punkt 36, 54. Sitzung am 2. Dezember 1998).

Drittens wurde bei als besonders „staatsnah“ eingestuftem Versicherten willkürlich in die Rentenformel eingegriffen – ein historisch einmaliger Akt in der Geschichte der deutschen Sozialgesetzgebung.

Dieses Vorgehen hat jüngst Kritik, wieder seitens des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen, erfahren. Der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zeigte sich im Mai 2011 besorgt über Diskriminierungen in Ostdeutschland wie sie im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom

Juli 2010 über die Versorgungsansprüche ehemaliger Minister und stellvertretender Minister der DDR zum Ausdruck kommen (vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 46. Tagung, Prüfung der Staatenberichte nach den Artikeln 16 und 17 des Pakts, Punkt 22, Übersetzung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales nach der englischen Originalfassung vom 12. Juli 2011).

Es ist an der Zeit, der erneuten generellen Aufforderung des UN-Gremiums zu folgen und rasch wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Benachteiligungen in Ostdeutschland zu unterbinden.

Viertens vollzieht sich der Prozess der Rentenangleichung aufgrund der schleppenden Angleichung der Einkommensverhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern an die im Westen wesentlich langsamer als in den zu Beginn des Einigungsprozesses angenommenen fünf Jahren. Seit Ende der 90er-Jahre ist die Angleichung zum Erliegen gekommen; aktuell vergrößern sich die Einkommensunterschiede sogar wieder. Besonders makaber sind diese unterschiedlichen Regelungen, wenn sie auf pauschal bewertete Versicherungszeiten (wie für Kindererziehung, Pflege, Wehr- und Zivildienst sowie für Beschäftigungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung) angewandt werden.

Die Hochwertung der Einkommen betrifft eine der Entgeltpunktbewertung mit den aktuellen Rentenwerten vorgelagerte alljährliche gerechte Rekrutierung von Entgeltpunkten und steht mit der Angleichung der Rentenwerte in keinem direkten Zusammenhang. Die Hochwertung ist ein Mittel, um die noch immer niedrigeren Ost-Einkommen wenigstens für die Rentenberechnung auszugleichen, so dass gleiche Tätigkeiten im Prinzip mit gleichem Lohn bewertet werden. Deren Beibehaltung bringt jedoch keine Bevorteilung der Ostdeutschen, sondern nur eine Gleichstellung des Einkommens, das in die Rente eingeht. Erst zum Zeitpunkt des Rentenanspruchs kommen die unterschiedlichen Rentenwerte ins Spiel, mit denen die jeweils erzielten Entgeltpunkte bewertet werden. Hier liegt die benannte Ungerechtigkeit durch ungleiche Rentenwerte in Ost und West auch zwei Jahrzehnte nach der deutschen Einheit vor.

Die deutsche Einheit als historisch einmaliger Akt rechtfertigt es, dass der Gesetzgeber zur Angleichung der Lebensverhältnisse vom üblichen Regelwerk abweicht und besondere Regelungen trifft.

Fünftens ist die bisherige Tragung der Kosten der Rentenüberleitung rechtssystematisch dahingehend zu korrigieren, dass ins SGB VI übertragene DDR-Alterssicherungsansprüche über Beitragsmittel der gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen, gegebenenfalls ergänzt über Steuermittel des Bundes, wenn eine Aufstockung des Bundeszuschusses notwendig wird. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Haushalte der beteiligten Länder, denen derzeit die Finanzierung von Teilen der SGB-VI-Renten (etwa für Polizistinnen und Polizisten, aber auch für die Angehörigen der Intelligenz) übertragen ist, davon entbunden werden. Dadurch würden Mittel frei, über das SGB VI hinausgehende Alterssicherungsansprüche bei solchen Berufsgruppen zu ermöglichen, die nach Bundesrecht zu den Versorgungen gehören, die von den Ländern getragen werden. Der Finanzierungsbedarf wird abhängig sein von der letztlich angestrebten Regelung zur Wahrung der Ansprüche, ohne zu vergleichsweise höheren Ansprüchen bei gleichen Berufsgruppen zu gelangen.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe sollte so schnell wie möglich eingesetzt werden, um die nötigen Vorleistungen erbringen zu können, derer es bedarf, damit die erforderlichen Korrekturen am Renten-Überleitungsgesetz zügig vorgenommen werden können.

20 Jahre nach Verabschiedung des Renten-Überleitungsgesetzes ist es an der Zeit, Regelungen zu treffen, die den sozialen Frieden zwischen Ost und West zur Herstellung einer tatsächlichen Einheit befördern.

Antrag

der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Heidrun Dittrich, Klaus Ernst, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Yvonne Ploetz, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Vertrauensschutz bei Rentenleistungen für alle aus der DDR Geflüchteten, Abgeschobenen und Ausgereisten gewähren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Für diejenigen, die aus der damaligen DDR in die Bundesrepublik Deutschland geflüchtet oder von den Behörden abgeschoben oder anderweitig ausgereist waren, gab es vor der Einheit Deutschlands eine klare rentenrechtliche Situation. Das in der DDR gelebte Leben wurde für die Rente so bewertet, als wäre die berufliche Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland absolviert worden. Die Anwartschaften wurden nach dem Fremdrentenrecht nachträglich auf dem jeweilig persönlichen Rentenkonto gutgeschrieben.

Mit dem Rentenüberleitungsgesetz vom 25. Juli 1991, das die DDR-Ansprüche der Alterssicherung derjenigen, die in der DDR geblieben waren, überleitete, wurden diese Regelungen – von vielen (auch im politischen Raum) unbemerkt – lediglich bis 31. Dezember 1995 unter Bestandsschutz gestellt. Es deutete sich folglich an, dass sich ab 1996 etwas ändern könnte. Mit dem Rentenüberleitungsergänzungsgesetz vom 24. Juni 1993 wurde dann der Bestandsschutz auf die Geburtsjahrgänge vor 1937 begrenzt.

Diejenigen, die vor 1989 nach persönlichem Bruch mit dem DDR-System, nach Diskriminierungen, Schikanen und teilweise Gefängnisaufenthalten in die Bundesrepublik Deutschland gekommen waren, ahnten überwiegend nichts von diesen Veränderungen, da sie eine Rentenauskunft nach Fremdrentenrecht in den Händen hielten. Erst seit die Jahrgänge ab 1937 in Rente gehen oder zur Kontenklärung aufgerufen werden, wird ihnen der Vertrauensbruch deutlich. Das ist nicht hinnehmbar, zumal es dadurch bei den meisten dieser Personengruppe zu geringeren Rentenzahlbeträgen kommt. Der Vertrauensschutz muss wieder hergestellt und gewährleistet werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

unverzüglich eine Gesetzesänderung vorzulegen, die den Vertrauensschutz gewährleistet, indem all diejenigen, die nach 1936 geboren sind und bis zum Tag des Mauerfalls, dem 9. November 1989, die DDR verlassen haben, für ihre

DDR-Erwerbsbiografie wieder rentenrechtliche Ansprüche gemäß dem damals gültigen Fremdrentengesetz (FRG) zuerkannt bekommen.

Berlin, den 13. Mai 2013

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Zahlreiche Petitionen zeugen von der Empörung über den Vertrauensbruch gegenüber Personen, die die DDR vor dem Mauerfall unter widrigen Bedingungen verlassen haben. Es ist beschämend, gerade bei dieser Personengruppe den Vertrauensschutz aufzuheben. So empfinden es auch die Betroffenen als zutiefst demütigend, nach dem vollzogenen Bruch in ihrem Leben im Zusammenhang mit ihrer Altersversorgung nachträglich de facto wieder zu DDR-Bürgern gemacht zu werden.

Es ist notwendig, die von der Politik der Bundesrepublik Deutschland (alt) gegenüber übertrittswilligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern gegebenen und seinerzeit von den verantwortlichen Stellen umgesetzten Versprechen einzuhalten und das Fremdrentenrecht wieder anzuwenden. Dabei sollen diejenigen Konditionen des Fremdrentengesetzes gelten, die bei den vor 1937 Geborenen angewandt werden. Mit Hilfe von Tabellen wird dadurch – abhängig von Qualifikation, ausgeübter Tätigkeit und Branche – ein fiktiver Verdienst ermittelt, der unterstellt, dass das in der DDR absolvierte Erwerbsleben unter bundesrepublikanischen Verhältnissen stattgefunden hat. Späterer Fassungen des Fremdrentengesetzes minimieren die Ansprüche durch eine Kürzung auf 60 Prozent und eine Begrenzung der Entgeltpunkte auf 25 bzw. auf 40 bei Verheirateten.

Der Deutsche Bundestag folgte einstimmig ähnlichen Überlegungen hinsichtlich der Situation der Betroffenen, als er am 28. Juni 2012 einem Votum des Petitionsausschusses in dieser Sache zustimmte und die Petition der Bundesregierung zur Erwägung überwies sowie den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis gab (Bundestagsdrucksache 17/10137). In der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses zur Petition 3-16-11-8222-015348 war festgestellt worden: „Es bleibt aber offen, ob die durch das RÜG erfolgte Ablösung des FRG für Übersiedler im Sinne eines für seine Versicherten verlässlichen Rentenversicherungssystems zielführend war. Auch wird ein überschaubarer Personenkreis neben den für alle Versicherten in den letzten Jahren eingeführten Einschränkungen in der gesetzlichen Rentenversicherung besonders getroffen.“

Beispielgebend für die Einhaltung des Vertrauensschutzes ist das deutsch-polnischen Sozialversicherungsabkommen von 1975. Dieses gewährt u. a. deutschstämmigen Aussiedlerinnen und Aussiedlern, die vor 1991 aus Polen nach Deutschland übersiedelt sind, den Vertrauensschutz für die Anwendung des günstigeren Fremdrentenrechts.

Bei den vor 1937 Geborenen soll für den Vertrauensschutz der Stichtag 18. Mai 1990 nach § 259a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch maßgeblich bleiben. Bei den nach 1936 Geborenen wurde als neuer Stichtag der 9. November 1989 gewählt, um so den Vertrauensschutz für diejenigen zu wahren, die beim Verlassen der DDR nicht mit der Wiedervereinigung rechnen konnten.

Häufig wird bei der Bearbeitung der Petitionen argumentiert, dass sich die Anwendung des FRG auch ungünstiger auf die Rentenzahlbeträge auswirken kann als die Berechnung der DDR-Erwerbsbiografie nach den Vorschriften des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG). Um eine Schlechterstellung zu vermeiden, sollte auf Antrag eine Vergleichsberechnung möglich sein und ein Wahlrecht eingeräumt werden.

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

251. Sitzung

Berlin, Freitag, den 28. Juni 2013

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 69:

- a) – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfe“ und zur Änderung weiterer Gesetze (Aufbauhilfegesetz) (Drucksachen 17/14078, 17/14264) ... 32461 B
- Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfe“ und zur Änderung weiterer Gesetze (Aufbauhilfegesetz) (Drucksachen 17/14176, 17/14264) ... 32461 B
- b) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 (Nachtragshaushaltsgesetz 2013) (Drucksachen 17/14000, 17/14020, 17/14080, 17/14081) ... 32461 D

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 21:

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses

- zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Jan van Aken, Agnes Alpers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Flutopfern helfen – Hochwasserfonds einrichten**

- zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Flutopfern solidarisch helfen – Hochwasserschutz ökologisch modernisieren**
(Drucksachen 17/13896, 17/14079, 17/14264) 32461 D
- Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident (Sachsen-Anhalt) ... 32462 A
- Gerold Reichenbach (SPD) ... 32463 B
- Stephan Thomae (FDP) ... 32464 C
- Dr. Helmuth Markov, Minister (Brandenburg) ... 32465 B
- Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ... 32466 D
- Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister BMF ... 32468 D
- Johannes Kahrs (SPD) ... 32470 A
- Jan Mücke, Parl. Staatssekretär BMVBS ... 32471 C
- Dr. Hans-Peter Friedrich, Bundesminister BMI ... 32472 B
- Horst Meierhofer (FDP) ... 32473 C
- Norbert Brackmann (CDU/CSU) ... 32474 C

Tagesordnungspunkt 70:

- a) Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Matthias W. Birkwald, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Vertrauensschutz bei Rentenleistungen für alle aus der DDR Geflüchteten, Abgeschobenen und Ausgereisten gewähren**
(Drucksache 17/13453) ... 32476 B

- b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales
- zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Angleichung der Renten in Ostdeutschland auf das Westniveau bis 2016 umsetzen**
 - zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Kerstin Andreae, Monika Lazar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Gleiches Rentenrecht in Ost und West, Rentenüberleitung zum Abschluss bringen**
- (Drucksachen 17/10996, 17/12507, 17/13971) 32476 C
- c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Matthias W. Birkwald, Dr. Gregor Gysi, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht**
- (Drucksachen 17/7034, 17/13865) 32476 C
- d) Antrag der Abgeordneten Silvia Schmidt (Eisleben), Anton Schaaf, Gabriele Hiller-Ohm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Stufenplan zur Angleichung des Rentensystems in Ost und West jetzt auf den Weg bringen**
- (Drucksache 17/13963) 32476 D
- e) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales
- zu dem Antrag der Abgeordneten Iris Gleicke, Anette Kramme, Silvia Schmidt (Eisleben), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines „Rentenüberleitungsabschlussgesetzes“ und zur Einrichtung eines „Härtefallfonds“**
 - zu dem Antrag der Abgeordneten Iris Gleicke, Anette Kramme, Silvia Schmidt (Eisleben), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Sofortige Ost-West-Angleichung von pauschal bewerteten Versicherungszeiten beim Erwerb von Entgeltpunkten für die Rentenversicherung vornehmen**
- (Drucksachen 17/6486, 17/6487, 17/8956) 32476 D
- f) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Altersarmut bekämpfen – Mit der Garantierente**
- (Drucksachen 17/13493, 17/14084) 32477 A
- Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE) 32477 B
- Maria Michalk (CDU/CSU) 32479 D
- Iris Gleicke (SPD) 32481 A
- Dr. Heinrich L. Kolb (FDP) 32482 A
- Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 32484 C
- Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMAS 32486 C
- Anton Schaaf (SPD) 32489 B
- Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 32489 C
- Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMAS 32490 A
- Sonja Steffen (SPD) 32490 C
- Johannes Vogel (Lüdenscheid) (FDP) 32492 B
- Dr. Martina Bunge (DIE LINKE) 32494 A
- Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU) ... 32495 A
- Matthias W. Birkwald (DIE LINKE) 32496 A
- Silvia Schmidt (Eisleben) (SPD) 32497 C
- Pascal Kober (FDP) 32499 A
- Max Straubinger (CDU/CSU) 32499 D
- Arnold Vaatz (CDU/CSU) 32501 B
-
- Zusatztagesordnungspunkt 22:**
- Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Ergänzung des Betreuungsgeldgesetzes (Betreuungsgeldergänzungsgesetz)** (Drucksachen 17/11315, 17/14198) 32503 C
 - Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (Drucksache 17/14208) 32503 C
- in Verbindung mit
- Tagesordnungspunkt 72:**
- Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Aufhe-**

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) solidarisch helfen – Hochwasserschutz ökologisch modernisieren“. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch diese Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen.

Unter dem Tagesordnungspunkt 69 b geht es um die Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013. Der Haushaltsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf den Drucksachen 17/14080 und 17/14081, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den Drucksachen 17/14000 und 17/14020 anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung einstimmig angenommen.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Herr Kahrs hat zugestimmt! – Gegenruf des Abg. Johannes Kahrs [SPD]: Nicht verstanden oder nicht zugehört!)

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung Diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

- (B) (Zuruf des Abg. Norbert Barthle [CDU/CSU] – Gegenruf der Abg. Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Ihr habt gar nichts verstanden!)

– Die Aussprache war geschlossen. Wir befinden uns jetzt im Abstimmungsvorgang. – Auch wenn ich dafür keine wirkliche Erfolgsaussicht sehe, frage ich, ob jemand gegen diesen Gesetzentwurf stimmen möchte. – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand der Stimme? – Auch das ist nicht der Fall. Damit ist auch der Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 einstimmig angenommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bedanke mich dafür, dass dies trotz der aus verständlichen Gründen unterschiedlichen Akzente am Ende einmütig so verabschiedet werden konnte.

X Ich rufe nun unsere Tagesordnungspunkte 70 a bis 70 f auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Matthias W. Birkwald, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Vertrauensschutz bei Rentenleistungen für alle aus der DDR Geflüchteten, Abgeschobenen und Ausgereisten gewähren

– Drucksache 17/13453 –

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss) (C)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Angleichung der Renten in Ostdeutschland auf das Westniveau bis 2016 umsetzen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Kerstin Andreae, Monika Lazar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gleiches Rentenrecht in Ost und West, Rentenüberleitung zum Abschluss bringen

– Drucksachen 17/10996, 17/12507, 17/13971 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Silvia Schmidt (Eisleben)

- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Matthias W. Birkwald, Dr. Gregor Gysi, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht (D)

– Drucksachen 17/7034, 17/13865 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Peter Weiß (Emmendingen)

- d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Silvia Schmidt (Eisleben), Anton Schaaf, Gabriele Hiller-Ohm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Stufenplan zur Angleichung des Rentensystems in Ost und West jetzt auf den Weg bringen

– Drucksache 17/13963 –

- e) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Iris Gleicke, Anette Kramme, Silvia Schmidt (Eisleben), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines „Rentenüberleitungsabschlussgesetzes“ und zur Einrichtung eines „Härtefallfonds“

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) – zu dem Antrag der Abgeordneten Iris Gleicke, Anette Kramme, Silvia Schmidt (Eisleben), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Sofortige Ost-West-Angleichung von pauschal bewerteten Versicherungszeiten beim Erwerb von Entgeltpunkten für die Rentenversicherung vornehmen

– Drucksachen 17/6486, 17/6487, 17/8956 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Frank Heinrich

- f) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Altersarmut bekämpfen – Mit der Garantierente

– Drucksachen 17/13493, 17/14084 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Dr. Heinrich L. Kolb

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 90 Minuten vorgesehen. – Dagegen sehe ich keinen Widerspruch. Also können wir so verfahren.

- (B) Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir meinen, dass die Menschen in Ost und West einen Anspruch darauf haben, für die gleiche Lebensleistung endlich auch eine gleiche Rente zu beziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt werden wir zum 1. Juli im Osten einen stärkeren Anstieg der Renten als im Westen erleben. Nun gibt es viele im Westen, die sich darüber ärgern. Ich sage nur: Hätten wir endlich eine Angleichung der Rentenwerte, dann gäbe es nur noch eine gleiche Steigerung in Ost und West. Auch deshalb scheint mir die Angleichung notwendig zu sein.

(Beifall bei der LINKEN)

In den alten Bundesländern unterliegen leider viele Menschen einem Irrtum: Mir wird immer erklärt, die heutigen Rentnerinnen und Rentner im Osten hätten doch zu DDR-Zeiten gar nicht in das Rentensystem der Bundesrepublik eingezahlt. Der Irrtum besteht darin, dass viele denken, die Rentenbeiträge würden angesammelt. Aber alle Versicherungsbeiträge, die im Mai gezahlt werden, werden spätestens im Juli ausgegeben. Deshalb muss ich sagen: Als die Ostrentnerinnen und -rentner ihre Renten bezogen haben, haben natürlich auch die Be-

schäftigten im Osten in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt. Insofern ist das ein Irrtum. (C)

Dann gibt es einen unglücklichen Vergleich durch die *Bild-Zeitung* und die Grünen. Die meinen nämlich, dass die Ostrenten zu hoch seien. Die *Bild-Zeitung* und die Grünen vergleichen den Durchschnitt der Ostrenten mit dem Durchschnitt der gesetzlichen Westrenten. Warum ist das falsch? Erstens berücksichtigen sie nicht, dass die Frauen im Osten viel stärker erwerbstätig waren als Frauen im Westen, die selbstverständlich auch gearbeitet haben, aber eben nicht in der Erwerbstätigkeit. Zweitens bedenken sie nicht, dass im Osten 1990 sämtliche Betriebsrenten gestrichen worden sind, die im Westen selbstverständlich geblieben sind. Drittens bedenken sie nicht, dass im Westen viele eine Lebensversicherung abgeschlossen hatten. So etwas gab es im Osten vor dem Beitritt gar nicht.

(Iris Gleicke [SPD]: So ganz richtig ist das aber nicht!)

Dadurch müssen Ostrentnerinnen und Ostrentner ausschließlich von ihrer gesetzlichen Rente leben. Das müssen natürlich auch viele im Westen, aber viele im Westen haben auch drei oder wenigstens zwei Säulen.

Dann kommt der größte Irrtum: Es gibt im Osten keine Pensionen. Das heißt, der Institutsdirektor für Gerichtsmedizin bezieht eine hohe gesetzliche Rente. Im Westen bezieht er aber eine Pension. Wenn Sie einen Durchschnitt ermitteln, dann müssen Sie alle Pensionen mit einbeziehen und dann den Durchschnitt berechnen. Dann sieht die Welt ganz anders aus. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Am 8. Juni 2009 hat Bundeskanzlerin Merkel auf dem Deutschen Seniorentag in Leipzig Folgendes erklärt – ich zitiere –:

Ich stehe dazu, dass wir eine solche Angleichung von Ost und West brauchen. Ich würde, wenn Sie mich nach dem Zeitrahmen fragen, sagen, dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird.

Die Linke war tatsächlich so stark, dass CSU, CDU und FDP miteinander vereinbart haben, diese Angleichung bis 2011 vorzunehmen. Aber wir waren noch nicht stark genug, zu verhindern, dass das Wahlversprechen gebrochen und der Koalitionsvertrag an der Stelle aufgekündigt wurde, was wirklich ein Skandal ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber wiederum haben wir dank unserer Stärke eines geschafft, nämlich dass jetzt alle Parteien in ihrem Wahlprogramm etwas dazu sagen müssen. Auch das ist neu.

Was sagt die Union? Die Union sagt, sie wird gar nichts tun. Sie überlässt es einfach der Lohnentwicklung. Ob das dann 2050 oder 2080 ist, ist ihr völlig wurscht. Das ist indiskutabel. Es ist eine Beerdigung erster Klasse.

Dr. Gregor Gysi

- (A) (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die FDP macht zwei unterschiedliche Aussagen. Die FDP sagt: Auf unabsehbare Zeit wird es in Ost und West unterschiedliche Rentensysteme geben. – Das steht in Ihrem Wahlprogramm.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Nein! Falsch! Unterschiedliche Lohnentwicklung!)

Dann schreiben Sie, die Vereinheitlichung sei ein Gebot der Fairness.

Deshalb frage ich: Was denn nun? Wenn wir eine Vereinheitlichung vornehmen, dann gibt es nicht mehr auf unabsehbare Zeit unterschiedliche Rentensysteme in Ost und West.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ich erkläre es Ihnen!)

Warum haben Sie im Übrigen in der Regierung diesbezüglich nie etwas getan? Auch diese Frage müssen Sie beantworten.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Umfaller!)

Dann komme ich zu den Grünen. Die Grünen wollen eine Angleichung der Rentenwerte in Ost und West. Die Ostrenten dürfen sich aber nicht erhöhen. Im Antrag heißt es, sie sollen „konstant“ bleiben. Auf eine Höherbewertung der niedrigen Einkommen Ost soll verzichtet werden.

- (B) Es gibt aber die Kluft bei den Löhnen. Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel. Gerade ist für die Gebäudereiniger ein Tarifabschluss gemacht worden: Mindestlohn West 9,31 Euro, Mindestlohn Ost 7,96 Euro. Ich sage auch Arbeitgebern und Gewerkschaften: Ich finde, das ist ein Skandal. Die Zeit ist vorbei.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, die Grünen haben das Prinzip der gleichen Rente für die gleiche Lebensleistung aufgegeben.

Nun zur SPD. Die SPD hat fast alles von uns übernommen

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der SPD – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Abgeschrieben!)

– das ist positiv –, mit zwei Unterschieden: Wir wollen die Angleichung schon 2016, Sie erst 2020.

(Iris Gleicke [SPD]: Da sind Sie aber nachgezogen! Wie immer!)

Und Sie wollen die Höherbewertung der Einkommen nur bis 2020. Wir wollen sie, solange man für die gleiche

Arbeit im Osten eine niedrigere Entlohnung bezieht. Das ist der Unterschied. Aber immerhin. (C)

(Beifall bei der LINKEN – Iris Gleicke [SPD]: Schade! Wir wollten uns bei der Abstimmung über Ihren Antrag eigentlich enthalten!)

Aber Sie müssen uns schon erklären, warum Sie in Ihrer Regierungszeit nie etwas getan haben – darauf erwarte ich eine Antwort –, und weshalb Sie alle diesbezüglichen Anträge unserer Fraktion im Bundestag abgelehnt haben, egal ob es um die Angleichung der Rentenwerte ging oder darum, endlich die Lücken und Diskriminierungen bei der Rentenüberleitung zu beseitigen. Denn das wollen Sie jetzt auch, was ich ebenfalls positiv bewerte. Aber früher haben Sie es abgelehnt.

Was die Lücken und Diskriminierungen betrifft, kennen Sie unsere 19 Anträge. Es wird Zeit, dass die Zusatzversorgungssysteme zum Beispiel für Akademikerinnen und Akademiker, für Beschäftigte bei Bahn und Post und für übernommene und nichtübernommene Polizistinnen und Polizisten endlich berücksichtigt werden, dass die geschiedenen Ehefrauen aus der DDR, die keinen Versorgungsausgleich erhielten, endlich bedacht werden

(Beifall bei der LINKEN)

und dass die mithelfenden Familienangehörigen in privaten Handwerksbetrieben das ihnen zustehende Recht, das sie schon erworben hatten, endlich wieder bekommen. Warum die FDP sich nicht einmal darum kümmert, das müssen Sie mir erklären. Aber keine Chance. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Dann gibt es noch eine Gruppe. Dazu haben wir auch einen Antrag verfasst. Darin geht es um die Wiederherstellung des Vertrauensschutzes bei Rentenleistungen für alle aus der DDR Geflüchteten, Abgeschobenen und Ausgereisten.

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Das ist ja lächerlich! Das sind Ihre Opfer! Peinlich! – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Darum hätten Sie sich kümmern können!)

Liebe Union, es ist nicht zu fassen, dass Sie die deutsche Einheit benutzt haben, um diese Personengruppe schlechterzustellen,

(Beifall bei der LINKEN)

sie vom Fremdrentengesetz auszuschließen und wieder zu DDR-Bürgern zu machen. Das ist grotesk. Darüber, dass wir uns an Ihrer Stelle darum kümmern müssen, sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: So eine Falschheit! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Für die nach 1937 Geborenen mit diesem Schicksal gibt es ja richtige Rentenkürzungen – beschlossen von der Union. Also wirklich!

Dr. Gregor Gysi

- (A) (Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Es gibt keine Rentenkürzungen! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Ich will dazu gar nicht mehr sagen als das, was ich schon gesagt habe, aber das war auch dringend nötig.

(Zurufe von der CDU/CSU)

– Hören Sie zu!

Ich habe eben über die Angleichung zwischen Ost und West gesprochen. Es geht aber um noch etwas: Wir müssen natürlich das Rentenproblem insgesamt lösen. Ich weiß, das ist heute nicht das Thema, aber ich will es ganz kurz ansprechen. Wir können uns Altersarmut nicht leisten. Wir müssen es schaffen, dass es wieder eine Rente ab 65 Jahren gibt. Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Kürzungen, die im Bereich der Erwerbsminderungsrenten vorgenommen wurden, wieder zurückgenommen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie kann man das schaffen? Erstens, indem wir die alte Rentenformel wieder einführen: zur Steigerung des Rentenniveaus, zur besseren Anrechnung von Ausbildungs-, Kinderbetreuungs- und Pflegezeiten und zur deutlicheren Anbindung an die Lohnentwicklung. Zweitens, indem wir der nächsten Generation sagen: Alle mit Erwerbseinkommen müssen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, alle – auch Bundestagsabgeordnete, auch Rechtsanwälte, auch Beamtinnen und Beamte, die aber nicht schlechtergestellt werden sollen.

- (B) (Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann müssen wir die Beitragsbemessungsgrenze streichen. Der nächste Ackermann muss dann halt einen Beitrag aus seinen Millionen bezahlen. „Na und?“, kann ich nur sagen. Weiter müssen wir für die Spitzenverdiener den Rentenanstieg abflachen. Dann sind alle Probleme gelöst.

(Iris Gleicke [SPD]: Das ist verfassungsrechtlich schwierig!)

– Meine Damen und Herren von der SPD, dass die auf der rechten Seite des Hauses das alles nicht wollen, kann ich ja noch nachvollziehen, aber dass Sie mit dem blöden Argument der Demografie kommen, anstatt die Produktivität im Auge zu haben, nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Früher hat eine Bäuerin acht Personen versorgt, heute versorgt sie 80! Wir können uns doch eine Rente ab 65 leisten, wenn wir das gerecht gestalten.

(Beifall bei der LINKEN – Iris Gleicke [SPD]: Das lasse ich Ihnen nicht durchgehen!)

Außerdem brauchen wir eine Mindestrente von 1 050 Euro, die zum Teil steuerfinanziert ist.

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Gysi!

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident, ich sage einen letzten Satz.

Ich überlege, ob ich Ihnen drohe

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Lassen Sie es!)

– passen Sie auf! –, indem ich sage, dass ich vielleicht doch versuchen werde, so lange im Bundestag zu bleiben,

(Heiterkeit bei der LINKEN – Iris Gleicke [SPD]: Meinen Sie, das ist die Motivation?)

bis Frauen und Männer in Ost und West bei gleicher Arbeitszeit für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit endlich auch den gleichen Lohn und für die gleiche Lebensleistung die gleiche Rente erhalten. Wenn ich das androhte, sollte das doch wenigstens ein gewisser Ansporn für Sie sein, das möglichst schnell zu erledigen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Michael Grosse-Brämer [CDU/CSU]: Das war das beste Argument der ganzen Rede!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Und manches, Herr Kollege Gysi, das im ersten Leben nicht so richtig geklappt hat, klappt dann hoffentlich im zweiten.

(Heiterkeit)

Nun hat als nächste Rednerin die Kollegin Maria Michalk für die CDU/CSU-Fraktion das Wort. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Maria Michalk (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es gerade wieder erlebt: Herr Gysi ist jedes Mittel recht, um hier seine demagogischen, pauschalen Ansätze anzubringen, die zulasten der Betroffenen neue Ungerechtigkeiten schaffen.

(Widerspruch bei der LINKEN – Iris Gleicke [SPD]: Ach Gott!)

Das war keine Drohung, Herr Gysi. Man sagt ja auch: Die Wiederholung ist die Mutter des Erfolgs. – Aber Sie können Adam Riese nicht politisch außer Kraft setzen. Wir bleiben deshalb bei unserer Lösung der systematischen Angleichung der Renten in den alten und in den neuen Bundesländern.

(Iris Gleicke [SPD]: Gar keine Lösung haben Sie! – Weitere Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dass das funktioniert, werde ich Ihnen gleich noch einmal erklären. Ich denke, wir haben im Laufe der Debatte noch genügend Zeit, um das nachzuweisen.

Zu diesem Debattenthema werden ja immer wieder Anträge von Parteien unterschiedlichster Couleur vorgelegt.

Maria Michalk

- (A) (Iris Gleicke [SPD]: Nur von den Oppositionsparteien, weil Sie nichts auf die Reihe kriegen!)

Deshalb ist es wichtig, noch einmal zu sagen, wo wir eigentlich herkommen, was eigentlich der Ausgangspunkt ist. 1983 – ich habe extra dieses Jahr gewählt, weil es genau 30 Jahre her ist – betrug die Mindestrente in der DDR sage und schreibe 270 DDR-Mark. Rechnen Sie das mal um!

(Zurufe von der LINKEN)

– Ja, ja, die Wahrheit tut weh.

Ein Jahr später wurde dieser Betrag auf 300 Mark erhöht, und das wurde als sozialistischer, sozialer Erfolg gewürdigt. Schämen Sie sich, kann ich nur sagen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der LINKEN)

Wer 45 Arbeitsjahre nachweisen konnte, der erhielt 370 Mark. Und es waren nicht so viele, die nach 45 Arbeitsjahren 1 000 Mark im Monat verdienten. Die Rente betrug also ein Drittel des Bruttodurchschnittslohns.

Vergleichen Sie das mal! Das erklärt, warum die verfügbare Nettostandardrente Ost 1990, also nach der Wiedervereinigung, bei rund 40 Prozent der vergleichbaren Westrente lag. Da kommen wir her.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Aber die Ausgaben waren doch andere!)

- (B) Dieses Verhältnis hat sich erheblich verbessert. Durch die anstehende Rentenanpassung – das kann niemand leugnen – kommen wir zum 1. Juli dieses Jahres auf 91,5 Prozent.

Ich will einfach noch einmal festhalten: Die politische Grundsatzentscheidung, die wir für das wiedervereinigte Deutschland getroffen haben, nämlich dass wir von der gemeinsamen lohn- und beitragsbezogenen Rentenberechnung ausgehen, war, ist und bleibt richtig. Die Gesetze von Adam Riese kann man nicht außer Kraft setzen. Noch einmal: Die Rentengeschichte in den letzten zwei Jahrzehnten war mehr als eine Erfolgsgeschichte. Über die Bestandsrentner kann man sagen, dass sie die Gewinner der deutschen Einheit sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Aus meiner Sicht haben wir allerdings viel zu wenig kommuniziert, wie sich die Rentenberechnung zusammensetzt und dass die ostdeutschen Löhne auf den Durchschnittslohn West hochgerechnet werden, und zwar nicht nur, Herr Gysi, wie Sie in Diskussionsrunden immer behaupten, die Löhne, die bis 1991 verdient wurden. Nein, das gilt bis zum heutigen Tag.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Und zwar jedes Jahr! – Zurufe von der LINKEN)

Wir haben 1990 mit dem Faktor 3 begonnen. Sie wissen, dieser Faktor liegt heute bei knapp 1. Das zeigt, dass

die Angleichung funktioniert. Gleichwohl wissen wir auch, dass die Wachstumsraten in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung erheblich waren. Es folgte eine Phase der Stagnation. Aber jetzt, wie Sie wissen, funktioniert die Angleichung wieder. Wenn die Löhne steigen, steigen auch die Renten. So sind wir auf das heutige Rentenniveau gekommen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Iris Gleicke [SPD]: Das ist Unsinn, Frau Michalk!)

Man muss Ihnen sagen, Herr Gysi: Ihre Behauptung, dass das, was durch die Rentenversicherungsbeiträge eingenommen wird, am Monatsende wieder ausgegeben wird, mag gegolten haben, als Sie versucht haben, irgendetwas daran zu drehen. Fakt ist, dass wir heute mehr zurücklegen als wir ausgeben. Dadurch ist die Renterrücklage auf das 1,5-fache einer Monatsausgabe und darüber gestiegen. Deshalb konnten wir auch die Rentenversicherungsbeiträge senken. Auch das kommt den Menschen in den neuen Bundesländern zugute.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Dann sinken die Renten langfristig!)

Unberücksichtigt bleibt – auch das muss man einmal ganz ehrlich sagen –, dass manche Tarifparteien Abschlüsse zu 100 Prozent, also einheitliche Löhne in Ost und West, erzielen, andere aber nicht. Die Hochwertung ist bei allen gleich.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Sie hätten ja ein Gesetz machen können!) (D)

Ich weiß aus Diskussionsrunden in den alten Bundesländern, dass das Ihren Freunden nicht gefällt. Wir aber bleiben dabei.

Wir haben im Rahmen eines Rentendialogs in Erfüllung des Koalitionsvertrages darüber diskutiert: Wie könnte denn die Angleichungslösung aussehen? Dabei wollten wir kein Ergebnis vorwegnehmen oder präjudizieren; denn alleine die Diskussion darüber war wichtig. Am Ende der Diskussion haben wir nach vielfältigen Berechnungsmethoden festgestellt, dass das 1990 und 1992 eingeführte Rentenangleichungssystem – Sie kennen die Stichdaten und das Gesetz – so genial ist, dass wir daran nichts zu ändern brauchen. Auch das ist ein Ergebnis der Diskussion. Damit haben wir den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag erfüllt und meinen, dass wir auf diesem Weg weitergehen sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte unbedingt noch einmal sagen, dass die beschlossenen Angleichungsprozesse eine Meisterleistung sind, die in der Geschichte Deutschlands nirgendwo anders zu finden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb sollten wir hier nicht ohne Not etwas verändern und dadurch neue Ungerechtigkeiten schaffen. Ich hoffe, dass sich in unserem Land die Erkenntnis durchsetzt:

Maria Michalk

- (A) Die Union steht für die Angleichung. Es wird den Tag geben, an dem auch die Rentenwerte gleich sind. Aber hierfür sind viele gefragt. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung so weiterläuft wie derzeit, wird der Angleichungsprozess zu einem absehbaren Zeitpunkt abgeschlossen sein. Das ist wichtig für unser Land.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Iris Gleicke ist die nächste Rednerin für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Iris Gleicke (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute Morgen die Gelegenheit haben, zu dringenden und drängenden Rentenfragen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit miteinander zu debattieren. Vielleicht gelingt es mir, die Diskussion zu dem einen oder anderen Punkt, der hier angesprochen wurde, wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Anton Schaaf [SPD]: Das wird schwer!)

- (B) Aber beginnen will ich mit dem Antrag der Linken zum Vertrauensschutz bei Rentenleistungen für aus der DDR geflohene oder ausgebürgerte Personen. Diese Menschen mussten nicht nur ihre Vermögenswerte in der DDR zurücklassen, sondern auch ihre Rentenansprüche. Viele von ihnen waren Oppositionelle und wurden von den DDR-Machthabern zu Staatsfeinden stilisiert. In der alten Bundesrepublik haben sie nach dem Fremdrentengesetz ihre Rente bekommen. Nun werden klammheimlich ihre Anwartschaften umgerechnet, und die Betroffenen verlieren bis zu 500 Euro. Das merken sie aber erst, wenn sie in Rente gehen. Das ist eine Schande.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir Sozialdemokraten schon im Mai 2011 einen Antrag dazu eingebracht. Die Grünen haben einen Monat später textgleich nachgezogen. Wir wollten schon damals den Vertrauensschutz für Menschen, die vor dem Mauerfall in die Bundesrepublik übersiedelt sind; denn wir sind der Meinung, dass man mit den betroffenen Menschen so nicht umgehen darf. Beide Anträge wurden von der sogenannten christlich-liberalen Koalition aus CDU/CSU und FDP abgelehnt.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Was hat denn die SPD gemacht, als sie regierte?)

Nun freue ich mich, dass die Linke, die uns schon damals zugestimmt hat, das Thema auf der Grundlage der rot-grünen Anträge aufgegriffen hat. Ich bin sehr dankbar, dass wir das heute zur Abstimmung stellen können. Deshalb verwundert es wahrscheinlich niemanden, dass wir dem Antrag der Linken zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Außerdem geht es um die vorliegenden Konzepte zum Umgang mit dem geteilten Rentenrecht Ost/West. Wir Sozialdemokraten wollen einen Härtefallfonds mit einem Volumen von mindestens 500 Millionen Euro einrichten, um Rentnerinnen und Rentnern zu helfen, bei denen Probleme aus der Rentenüberleitung zu geringen Renten führen. Das sind verschiedene Betroffenengruppen. Zum Beispiel gehören die DDR-Geschiedenen oder das mittlere medizinische Personal dazu, um nur zwei herauszugreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wie wir wissen, ist den Betroffenen über das Rentenrecht nicht zu helfen. Deshalb muss eine sozialpolitische Lösung her. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe soll Vorschläge erarbeiten, aus denen hervorgeht, wie die konkreten Hilfen aus dem Härtefallfonds aussehen sollen. Das ist eine saubere und sachgerechte Lösung.

(Beifall bei der SPD)

Einen Härtefallfonds will die Linke zwar noch nicht. Sie übernimmt aber in ihrem Antrag wenigstens die Forderung nach Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Trotzdem fehlt dann natürlich der entscheidende Punkt, die Einrichtung eines Härtefallfonds, aus dem die Hilfen gezahlt werden können. Sie bleiben leider auf der Hälfte der Strecke stehen.

Aber an einer Stelle können wir aber gemeinsam sofort für Gerechtigkeit sorgen. Wir wollen, dass alle pauschal bewerteten Versicherungszeiten auch für Ostdeutsche mit dem höheren Westrentenwert berechnet werden. Es geht dabei um Zeiten der Pflege von Angehörigen, um Wehr- und Zivildienstzeiten, um Zeiten der Kindererziehung oder Zeiten der Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte. Diese Leistungen werden auch für Westdeutsche aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert, zu dem wir alle, auch wir Ostdeutschen, beitragen. Es ist überhaupt nicht einzusehen, dass dem Staat diese gesellschaftlichen Leistungen im Osten bis heute weniger wert sind als im Westen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie von Regierung und Koalition haben auch das abgelehnt. Was bedeutet das? Junge Menschen, die nach der Wiedervereinigung geboren wurden und in diesem einen Deutschland leben, arbeiten und Steuern zahlen, die hier ihre Kinder großziehen, werden von der sogenannten christlich-liberalen Koalition 23 Jahre nach der Einheit rentenrechtlich hinter den Eisernen Vorhang verbannt. Das ist wirklich unsäglich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Wer war denn damals der zuständige Minister?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, das Rentenüberleitungsgesetz war gut. Ja, es hatte eine positive Wirkung. Keine Rentnerin und kein Rentner musste nach der Einheit von einer DDR-Rente leben. Ich sage es noch einmal: Das war eine große Leistung der Solidarge-

Iris Gleicke

- (A) meinschaft in Ost und West. Ich werde auch nicht müde, das immer wieder ganz klar zu sagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es war richtig, die geringeren ostdeutschen Löhne um die Differenz zu den Westlöhnen aufzuwerten, damit die Ostdeutschen trotz geringerer Löhne überhaupt einen Rentenentgeltpunkt erhalten. Wir alle, auch die Gewerkschaften, haben geglaubt, dass die Angleichung der Löhne in Ostdeutschland an das Westniveau schneller geht. Davon sollten auch die Rentnerinnen und Rentner profitieren. Deshalb gibt es das getrennte Rentenrecht.

Frau Michalk, Sie haben hier gerade die Rentensteigerung des letzten Jahres auf die Lohnsteigerungen „umgerubelt“. Gucken Sie sich einmal an, was wirklich passiert ist. Die Löhne stagnieren. Die Differenz wird eher wieder größer. Das ist die Wahrheit.

(Widerspruch bei der CDU/CSU – Maria Michalk [CDU/CSU]: Das ist doch falsch!)

Die höheren Rentenansprüche für die Ostdeutschen haben etwas mit der Garantiezusage von 2009 zu tun – nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Man muss ganz klar sagen: Heute bildet der Aufwertungsfaktor die Lohndifferenz nicht mehr wirklich ab.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

- (B) Wir haben je nach Branche Lohnunterschiede zwischen 15 und 45 Prozent. Das bedeutet, dass sich der damals gewollte Ausgleich in einen Nachteil verkehrt. Diejenigen, die heute viel weniger verdienen, dürfen nicht auch bei der Rente abgehängt werden. Deshalb muss jetzt gehandelt werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir haben einen Vorschlag erarbeitet, der vorsieht, dass die Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland zusätzlich zu der jährlichen Rentenerhöhung einen Zuschlag erhalten, damit bis zum Ende 2019 der Ostrentenpunkt genauso viel wert ist wie der Westrentenpunkt. So lange muss der Aufwertungsfaktor für die Beschäftigten in Ostdeutschland erhalten bleiben. Die ostdeutschen Rentner profitieren von den Lohnsteigerungen in Ostdeutschland. Das ist ein ganz wichtiger Zusammenhang. Denn wir wollen auf der einen Seite, dass die Rentnerinnen und Rentner nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag auf die Rentenanpassung warten müssen. Auf der anderen Seite wollen wir denjenigen helfen, die in Ostdeutschland zu niedrigsten Löhnen arbeiten, damit sie im Alter nicht noch einmal draufzahlen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Allein durch die Einführung eines flächendeckenden, in Ost und West gleichen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro – den wollen Sie ja auch nicht – würden die Rentner in Ostdeutschland besonders profitieren. 1,2 Millionen Menschen arbeiten unterhalb dieser Grenze, 800 000 in Ostdeutschland. Wenn wir diesen Mindestlohn einführen, schlägt das im Jahr danach so-

fort bei den Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland zu Buche. Das ist die Solidarität der Älteren mit den Jüngeren. Wir brauchen diesen Zeitraum im Interesse beider Seiten in Ostdeutschland. (C)

Die Linke fordert die Rentenanpassung schneller. Herr Gysi, Sie kannten wahrscheinlich Ihren eigenen Antrag nicht.

(Zurufe von den LINKEN: Na, na, na!)

Sie haben sich nämlich auch vom Aufwertungsfaktor verabschiedet. Insofern haben wir uns entschlossen, uns bei der Abstimmung zu enthalten.

(Widerspruch bei der LINKEN)

– Er steht nicht mehr drin. Ich habe gedacht, Sie sind lernfähig. Aber gut!

Den Vorschlag der Grünen, der nur die Umrechnung der Anwartschaften vorsieht und zu keinerlei Verbesserungen bei den Ostrenten führt, weder im Bestand noch in der Zukunft, lehnen wir ab.

Meine Damen und Herren, die Angleichung der Rechenwerte Ost an West ist 23 Jahre nach der deutschen Einheit eine, vielleicht die entscheidende Gerechtigkeitsfrage bei der Vollendung der inneren Einheit unseres Landes. Dem geneigten Zuhörer sollte aufgefallen sein, dass ich hier nur über Anträge der drei Oppositionsfractionen rede. Bei einem solchen Thema fragt man sich doch: Was will denn die Regierung? Ich sage es Ihnen: nichts!

(Maria Michalk [CDU/CSU]: So ein Quatsch!)

Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag geschrieben, dass die Angleichung des Rentenrechts in dieser Legislaturperiode geschafft werden sollte. Nichts haben Sie gemacht. Keine Initiative! Kein Gesetzentwurf! Nur faule Ausreden Ihres Ostbeauftragten, es sei alles ein bisschen kompliziert. Das ist ganz klarer Wahlbetrug. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch die Abgeordneten der sogenannten christlich-liberalen Koalition haben nichts gemacht. Sie haben die Trägheit ihrer Regierung nicht nur durchgehen lassen – Sie haben die anhaltende Untätigkeit auch noch verteidigt. Die CDU-Ministerpräsidentin aus Thüringen, Christine Lieberknecht, hat gesagt: Das ist ein „Fall von Arbeitsverweigerung“. Recht hat sie.

(Beifall bei der SPD)

An Ihrer Stelle hätte ich heute auf die Redezeit verzichtet, so geschämt hätte ich mich.

Nun haben Sie, meine Damen und Herren Koalitionäre, sich vom Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse bei den Renten gleich ganz verabschiedet. In Ihrem Regierungsprogramm steht zu lesen: Daher halten wir an der Rentenberechnung nach geteiltem Recht fest.

Von Ihnen haben die Ostdeutschen nichts zu erwarten, gar nichts. Jede Wählerstimme für CDU/CSU und FDP ist verschenkt, wenn es um die innere Einheit unseres Landes geht.

Iris Gleicke

- (A) (Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Gleicke, denken Sie bitte an die Redezeit.

Iris Gleicke (SPD):

Das waren vier verlorene Jahre für das Zusammenwachsen unseres Landes. Auch deshalb werden Sie am 22. September abgewählt werden.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD – Christian Lange [Backnang] [SPD]: So ist es!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Dr. Heinrich Kolb das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal ist Rentendebatte. Wieder einmal liegt uns ein ganzes Bündel von Anträgen aus diesem Themenbereich vor. Der Unterschied ist allein, dass die Opposition anscheinend mittlerweile in den Wahlkampfmodus geschaltet hat.

- (B) (Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Aber Sie nicht! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Die Wahrheit ist bitter!)

Jedenfalls sind bisher, entgegen der sonstigen Übung, dass die rentenpolitischen Experten der Fraktionen antreten, die Demagogen und Einheber am Pult gewesen. Das halte ich für falsch und gefährlich. Rente ist ein Konsensthema und setzt auf langen Atem. Man sollte es eine Nummer tiefer hängen als Sie, Herr Gysi, es getan haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dies vorausgeschickt will ich zu einigen Punkten Anmerkungen machen. Das Erste ist: Beim Thema Rentenangleichung haben Sie uns falsch zitiert, Herr Kollege Gysi, wenn Sie mir Ihre Aufmerksamkeit schenken würden. In unserem Antrag 16/9482 aus der letzten Legislaturperiode

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Er hat über das Wahlprogramm gesprochen!)

– ja, das baut darauf auf; wir sind konsequent und führen es fort – heißt es:

Der Aufholprozess der Lohnstrukturen in den neuen Ländern und damit die Angleichung der Rechnungswerte in der Rentenversicherung werden

– jetzt wichtig –

im gegenwärtigen System noch unabsehbare Zeit andauern.

Das ist für uns aber die Begründung dafür, dass wir sagen: Die Angleichung ist überfällig. Wir haben einen klaren Vorschlag gemacht, wie sie erfolgen soll, nämlich stichtagbezogen, besitzstandwährend und mit einer Abfindung der nach dem Stichtag bestehenden Erwartungen an künftige Angleichungen. Das ist ein konsistenter Vorschlag, der weitgehend auch vom Sachverständigenrat übernommen wurde

(Iris Gleicke [SPD]: Das ist doch Quatsch! Das hilft den Ostdeutschen doch überhaupt nicht!)

und der von den Grünen, wenn ich es richtig sehe, ähnlich formuliert wird. Das ist der Weg, den man gehen kann und der aus der Rentenversicherung finanzierbar ist.

(Iris Gleicke [SPD]: Das hilft den Ostdeutschen nicht!)

Alles andere, was aus Gründen des Wahlkampfes auf den Tisch gelegt wird, halte ich für unverantwortbar und unfinanzierbar. Das muss man einmal deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Der zweite Punkt sind die speziellen Überleitungsfragen. Das haben wir wieder und wieder diskutiert.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Sie haben es wieder und wieder blockiert!)

– Nein, wir haben auch hier einen Lösungsvorschlag auf den Tisch gelegt.

Nachversicherungsangebote halte ich für das fairste Konzept. Es eröffnet Chancen, ohne neue Ungerechtigkeiten zu schaffen. Das ist nämlich die Schwierigkeit. Es hilft allen Betroffenen, ihre Situation zu verbessern.

Die DDR-Übersiedler und ihre rentenrechtliche Behandlung sind mir ein besonderes Anliegen. Ich glaube, das ist auch bekannt. Der Petitionsausschuss hat dazu eine Empfehlung ausgesprochen und der Bundesregierung zur Erwägung vorgelegt. Das ist eine vergleichsweise hohe Stufe der kritischen Stellungnahme des Petitionsausschusses. Paul Lehrieder stimmt mir zu. Vor einigen Wochen hatten wir noch einmal ein Berichterstattergespräch. Es gab erneut den einheitlichen Willen aller Fraktionen, bei diesem Thema etwas zu tun und die Aufforderung an das BMAS, noch einmal Recherchen vorzunehmen und dann einen verfassungsgemäßen Handlungsvorschlag vorzulegen. Wir verstecken uns überhaupt nicht hinter der Ministerialbürokratie. Vor diesem Hintergrund halte ich es für kontraproduktiv, heute einen im Mai eingebrachten Querschuss – den Antrag – zu beschließen. Ich setze weiter auf die im gemeinsamen Bestreben aller Fraktionen zu erreichende Lösung für die Betroffenen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Weil ich noch eine Minute und 40 Sekunden Redezeit habe und keine Zwischenfragen gestellt wurden,

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Klaus Ernst ist heute nicht da!)

Dr. Heinrich L. Kolb

- (A) möchte ich noch auf die Frage eingehen, wie wir es mit den Rentenversicherungsbeiträgen halten wollen. Es gibt im Moment dazu wieder eine Diskussion. Ich will auf einige Dinge hinweisen. Zum einen wird ein Zusammenhang konstruiert zwischen der Rentenhöhe und dem Beitragssatz zur Rentenversicherung nach dem Motto: Wenn wir das Geld in der Kasse lassen, gibt es eine höhere Rente. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren auf der Tribüne und an den Bildschirmen, das krasse Gegenteil ist der Fall. Die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge um 0,3 Prozentpunkte im vorletzten Jahr hat ausweislich des Berichtes von Annelie Buntenbach bei der Jahresversammlung der Deutschen Rentenversicherung zu einer um 0,39 Prozent höheren Rentenanpassung geführt. Also die Rentner profitieren wie auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Beitragszahler, von einer Absenkung des Beitrags in die Rentenversicherung. Das ist ein Argument.

Das Zweite ist. Es wird gesagt: Wir müssen die Nachhaltigkeitserücklage, die die Liquiditätsreserve der Rentenversicherung ist, in eine Demografiereserve umwandeln. Ich sage Ihnen: Das ist absolut unglaublich. Alle, die das Wort „Demografiereserve“ im Munde führen, haben gleichzeitig ganz konkrete Vorschläge für umfangreiche Leistungsverbesserungen, die in der Rentenversicherung durchgeführt werden sollen. Alles liegt in der Schublade. Das heißt: Diejenigen, die sagen: „Lasst das Geld in der Kasse“, wollen es nicht für bessere Zeiten oder für schlechtere Zeiten – so muss man wohl eher sagen – zurücklegen. Sie wollen es vielmehr für Wahlkampfversprechen ausgeben. Auch das halte ich für unverantwortlich.

- (B) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Um es einmal bildlich zu machen: Wenn einem die Oma 10 Euro zum Geburtstag schenkt, dann kann man keinen Handyvertrag für 360 Euro abschließen, auch wenn das Geld vielleicht für die erste Rate reicht.

(Iris Gleicke [SPD]: Das ist also Ihre Wahrnehmung von der deutschen Wiedervereinigung! Das ist sehr interessant!)

Das ist etwas, was wir alle in diesem Haus uns immer wieder vor Augen führen sollten: Wir müssen langfristig und nachhaltig eine sichere Finanzierung der Rentenleistungen sicherstellen. Da muss man zurückhaltend sein und darf nicht dem Reiz unterliegen, in Wahlkampfzeiten das eine oder andere Werbegeschenk zu verteilen. Das ist eine unverantwortliche Rentenpolitik. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schauen Sie mal die CDU an!)

Wir wollen die Rentenpolitik im Interesse der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland mit langem Atem und mit fairen Konzepten gestalten.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Falscher Ansprechpartner!)

Das werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode tun. Es waren vier gute Jahre, auch für die Rentner in

Deutschland. Deswegen freuen wir uns darauf, diese Arbeit gemeinsam mit den Kollegen der Union fortzusetzen. (C)

(Iris Gleicke [SPD]: Diese Untätigkeit!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Gar nichts habt ihr bei der Rente gemacht! Gar nichts!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn vom Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kolb, Sie haben gerade richtigerweise gesagt: Dauerhafte Ausgaben kann man nicht aus der Rücklage finanzieren. Das sollten Sie einmal Ihrem Koalitionspartner und der Bundeskanzlerin sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Denn diese behaupten, die Mütterrenten, die mindestens 6,5 Milliarden Euro umfassen, könnte man aus der Rücklage finanzieren.

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Das steht hier gar nicht zur Debatte!)

Herr Kolb, Sie nicken, wie ich sehe. Sie kennen sich wahrscheinlich damit ein bisschen aus. Dass das nicht aus der Rücklage zu finanzieren ist, ist offensichtlich bei der CDU noch nicht so wirklich angekommen. Die Rücklage reicht vier Jahre, und dann ist das Geld futsch. (D)

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ich bin nicht Ihrer Auffassung! – Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Thema verfehlt!)

So kann man damit nicht umgehen. Das ist ein leeres Versprechen. Die Erhöhung der Mütterrente funktioniert nicht ohne zusätzliche Steuermittel und ohne zusätzliche Beitragszahlungen. Das ist Voodoo-Ökonomie. Das geht nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Das heutige Thema ist ein anderes. Der letzte Tag in der letzten regulären Sitzungswoche gibt noch einmal Gelegenheit, vier Jahre zu überblicken und zu schauen, was denn tatsächlich passiert ist. Der Anfang mit dem Koalitionsvertrag war gar nicht so schlecht; das ist schon ein paarmal erwähnt worden. Ich will einmal aus dem Koalitionsvertrag zitieren. Darin steht: „Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.“

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört! Hört!)

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

- (A) Frau Michalk, da steht nicht „Wir diskutieren darüber, wir prüfen, wir wollen“, sondern da steht: Wir führen ein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Das heißt, der Koalitionsvertrag ist an der Stelle nicht umgesetzt worden. Sie haben nicht geliefert. Sie haben an der Stelle nichts gemacht.

An anderen Stellen ist das anders. Im Koalitionsvertrag steht: Wir wollen die Kindererziehungszeiten – diese habe ich eben bereits erwähnt – prüfen. Wir wollen bei der Altersarmut etwas machen. Da sollte eine Regierungskommission einen Vorschlag erarbeiten. Diese gab es aber nicht. Es gab dann trotzdem einen Vorschlag, der im Regierungsdialog vorgestellt worden ist.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ein Schwarzes Loch ist das gewesen!)

Manche nannten das auch „Regierungsmonolog“, weil es nur darum ging, das Lieblingsbaby der Frau von der Leyen, nämlich die Zuschussrente, zu verkaufen. Das ist allerdings nicht gelungen. Im Verkaufen ist sie ja sonst prima, aber im Regierungsdialog saßen eben die Expertinnen und Experten. Die Zuschussrente ist von allen zu Recht auseinandergenommen und abgelehnt worden. Sie ist nun vom Tisch. Die Bundesregierung hat also auch an der Stelle nichts getan und nicht geliefert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Es gab noch weitere Themen: Selbstständige, Erwerbsminderungsrente,

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Reha-Deckel!)

Reha-Deckel und – das ist ein Projekt, das der FDP am Herzen lag –, die Kombirente und bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten. Auch an dieser Stelle ist nicht geliefert worden. Der Kollege Schaaf sagt immer: Diese Regierung ist im Bereich der Rente eine Nichtregierungsorganisation. Recht hat er.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Es ist in der Tat nichts passiert. Frau von der Leyen wird ja gleich reden, und ich bin gespannt, wie man mit nichts blenden und sagen kann, was alles Tolles passiert ist. Aber in der Tat ist nichts geliefert worden.

Nun zu dem Thema Ost-West-Rentenangleichung, das Gegenstand der Debatte ist. Wie gesagt: Es gibt keine aktuellen Vorschläge der Koalition. Es gibt lediglich einen Antrag der FDP aus der letzten Legislaturperiode. Sie haben jetzt erneut die Möglichkeit, eine Entscheidung zu treffen. Dazu geben wir eine Entscheidungshilfe; denn jetzt liegen drei verschiedene Anträge, drei verschiedene Konzepte zur Rentenangleichung vor. Für eines können Sie sich nun entscheiden.

Aber auch das ist etwas, was bei dieser Regierungskoalition immer recht schwierig ist. Das haben wir bei den Selbstständigen erlebt, das haben wir jetzt auch bei den

Ost-West-Renten erlebt. In den Debatten hieß es immer: „Das ist alles so fürchterlich kompliziert, diese Rente!“ (C) Das ging sogar so weit, dass die Bundesregierung McKinsey beauftragt hat, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen. Da wird eine Unternehmensberatung bemüht, um eine sozialpolitische Aufgabe zu lösen! Das ist wirklich ein Offenbarungseid dieser Bundesregierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Herausgekommen ist dabei nichts; davon hat man nie wieder etwas gehört.

Auch bei der Ost-West-Rentenangleichung heißt es immer, das sei alles so kompliziert, und es gebe überhaupt keine Lösung, die alle toll fänden. Ja, es ist so: Jeder der drei Vorschläge, die uns hierzu vorliegen, hat seine Vorteile, und jeder dieser drei Vorschläge hat seine Nachteile. Und es gibt immer Leute, die damit nicht zufrieden sein werden. Aber es ist das Wesen von Politik, dass man Vorteile und Nachteile abwägt und letztlich entscheidet. Ich kann nur sagen: Sie können es nicht. Sie können einfach keine echte Rentenpolitik machen. Sie haben an der Stelle völlig versagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Das geschieht auf dem Rücken der Menschen in Ostdeutschland, die einfach nicht mehr verstehen, warum sie bei der Rente als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Deswegen ist in unserem Vorschlag der zentrale Punkt: Der Rentenwert Ost muss endlich auf den Rentenwert West angehoben werden, und zwar so schnell wie möglich, nicht in Stufen, sondern in einem Schritt. (D)

Der zweite Punkt ist aber: Wir wollen, dass das auch wirklich passiert. Insoweit sind die Stufenpläne problematisch; denn diese kosten sehr viel Geld. Die Berechnungen liegen zwischen 4 und 6 Milliarden Euro. Ich wage die Prognose, dass das an dem nächsten Finanzminister oder an der nächsten Finanzministerin scheitern wird. Wenn Herr Steinbrück verspricht, dass an der Stelle 4 bis 6 Milliarden Euro ausgegeben werden, dann ist das ein Versprechen, das wir wahrscheinlich nicht einhalten können. Wir verfolgen in unserem Wahlkampf die Linie, dass wir nur das versprechen, was wir tatsächlich auch halten und umsetzen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Gregor Gysi sagte, im Osten seien die Löhne doch viel geringer als im Westen, und man dürfe doch dann nicht auf die Hochwertung verzichten. Wenn man gleichzeitig den Rentenwert anhebt – das sind die 8,5 Prozent; Frau Michalk hat die Zahl vorhin genannt –, dann ist der Unterschied gar nicht mehr so groß, wenn man gleichzeitig die Hochwertung abschafft. Auch die SPD will das ja dann ab dem Jahr 2020 so halten, wenn der Rentenwert Ost auf dem Niveau des Rentenwertes West liegt. Das ist aus unserer Sicht für diejenigen, die viel verdienen, durchaus akzeptabel. In dem Bereich ist es definitiv so, dass jemand, der 4 000 oder 5 000 Euro im Osten verdient, nicht sagen kann: „Ich bin im Osten benachteiligt, und deswegen brauche ich eine Hochwer-

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

- (A) tung um 17 Prozent.“ Das würden auch wir nicht einsehen. Wir sagen: „Wir wollen gleichen Rentenanspruch bei gleichem Einkommen.“

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei den Geringverdienern kommt es tatsächlich noch vor. Sie haben einen Tarifvertrag angesprochen. Mittlerweile sind aber deutlich mehr als 90 Prozent der Tarifverträge bei 100 Prozent angelangt. Das können Sie im Tarifbuch des WSI nachschauen. Das heißt, bei den Tarifverträgen besteht zu einem großen Teil Einheit. Das Problem sind allerdings die wenigen Tarifverträge, ist die geringe Tarifbindung im Osten. An der Stelle muss man ansetzen.

Außerdem brauchen wir endlich einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn in Ost und West. Dazu gab es neulich eine Berechnung des Prognos-Instituts, das gesagt hat, dass der Unterschied zwischen Ost und West erheblich reduziert werden würde, wenn man einen Mindestlohn in Ost und West einführen würde. Deswegen brauchen wir einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Statt der Hochwertung für alle wollen wir eine grüne Garantierente, von der diejenigen profitieren, die ein geringes Einkommen haben, im Westen wie im Osten.

(Iris Gleicke [SPD]: Dafür haben wir die Solidarrente!)

- (B) Das ist wichtig; denn ein Verdienst von 1 000 Euro ist für jemanden im Osten wenig, für jemanden im Westen aber auch. Die Rente nur im Osten anzuheben, macht also keinen Sinn. Wir brauchen einen einheitlichen Schutz vor Altersarmut.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist für den Osten in der Tat besonders wichtig; das zeigen Prognosen zur Rentenentwicklung. In der Tat geht es den Rentnerinnen und Rentnern im Osten noch vergleichsweise gut; die Altersarmutsquoten sind im Osten geringer, Herr Gysi, als im Westen.

(Iris Gleicke [SPD]: Noch!)

Das wird sich aber in den nächsten Jahren deutlich ändern. Deswegen ist die Garantierente besonders für den Osten wichtig, als Schutz vor Altersarmut.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: In Ihrer Geschenkverpackung ist nichts drin! Das wissen Sie auch! Das ist nicht belastbar, denn es soll ja nichts kosten!)

Ich komme zum Schluss. Wie gesagt: Wir machen nur Versprechen, die wir tatsächlich halten können. Wir wollen eine armutsfeste Garantierente. Sie schützt vor Armut, sie ist durchgerechnet, sie ist solide, sie ist umsetzbar. Wir werden uns daranmachen, den Schutz vor Altersarmut damit tatsächlich zu verbessern. Wir wollen weitere Schritte in Richtung einer Bürgerversicherung

gehen und die Selbstständigen in der Rentenversicherung endlich besser absichern. Wir werden die Einheit bei den Renten in Ost und West tatsächlich herstellen, zusammen mit den Sozialdemokraten. Wir haben da noch einiges zu besprechen – wir stimmen nicht in allen Punkten überein –, aber eine Nullnummer in der Rentenpolitik, wie sie Schwarz-Gelb in den letzten vier Jahren abgeliefert hat, können wir uns nicht mehr leisten. Deswegen braucht es am 22. September, in 86 Tagen, einen Politikwechsel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt hat die Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass die Vorredner in dieser Debatte deutlich gemacht haben – das konnte man im Eingangsstatement nicht so ganz heraushören –, dass die niedrigeren Einkommen im Osten auf das Niveau der Westeinkommen angehoben werden. Damit wird in dieser Debatte deutlich, dass die Rente – das ist eine Plattitüde; das weiß jeder – vor allem das Ergebnis von guter Arbeit ist.

Wir haben zurzeit eine Rekordbeschäftigung; wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung.

(Zuruf von der SPD: Mit Niedriglöhnen! – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wir haben Zeitarbeit, befristete Verträge, Teilzeit-jobs!)

Wir haben gezeigt, dass wir konsolidieren und Wachstumsimpulse setzen können. Das Ergebnis dessen ist: Wir hatten nach der Wiedervereinigung Ostrenten mit einem Niveau von 51 Prozent im Vergleich zu dem, was im Westen gezahlt wurde; inzwischen haben wir dank unseres guten wirtschaftspolitischen Kurses erreicht, dass die Ostrenten ab 1. Juli ein Niveau von rund 92 Prozent im Vergleich zu den Westrenten erreichen. Das ist das Ergebnis guter Politik und guter Arbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das waren vier gute Jahre für Deutschland! – Iris Gleicke [SPD]: Das ist nicht Ihr Verdienst!)

Insofern ist es richtig – danke, Herr Strengmann-Kuhn, dass Sie darauf hingewiesen haben –, dass es 97,4 Prozent der heutigen Rentnerinnen und Rentner so gut geht, dass sie aus eigener Kraft von ihren Alterseinkommen existenzgesichert leben können.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Das ist ja wohl normal!)

Das ist heute Tatsache. Wenn man Ihnen zugehört hat, kann man daran zweifeln. Aber die Lebenswirklichkeit

Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen

- (A) ist, dass 97,4 Prozent der Rentnerinnen und Rentner heute auskömmliche Alterseinkünfte haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Schon mal was von verdeckter Armut gehört, Frau Ministerin? – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wie viele beantragen Grundsicherung?)

Die Rentenfinanzen sind stabil, meine Damen und Herren.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sie berauschen sich an den Zahlen, und die stimmen nicht!)

Wir haben in den letzten vier Jahren sogar so gut gewirtschaftet, dass die Rentengarantie eingehalten wurde – –

(Iris Gleicke [SPD]: Gesundbeten! Vorausschauende Politik ist was anderes!)

– auch wenn Sie schreien. Die Rentengarantie sorgt dafür, dass die Renten nicht sinken dürfen, selbst wenn die Löhne sinken.

(Iris Gleicke [SPD]: Das war Franz Müntefering! Nein, es war Olaf Scholz! Jedenfalls einer von uns!)

Wir haben der jungen Generation aber auch versprochen, dass dieser Vorschuss, der gegeben wird, ausgeglichen wird. Das haben wir in diesem Jahr geschafft, meine Damen und Herren. Auch das ist das Ergebnis guter Arbeit.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

In der Zukunft wird es Probleme geben; Sie haben das angesprochen, Herr Strengmann-Kuhn. Wir müssen aber auch einmal darüber reden, woran das liegt.

Vor zehn Jahren hat Rot-Grün die Rente reformiert. Sie haben damals gewusst, dass weniger junge Menschen nachkommen und dass zugleich die Zahl der Älteren zunehmen wird. Sie haben gewusst – und das einbezogen –, dass wir neben der gesetzlichen Rente als zusätzliche Altersvorsorge eine private Säule aufbauen müssen. Sie haben auch gewusst, dass das gesetzliche Rentenniveau sinken wird. All das war klar, als die Reform vor zehn Jahren verabschiedet wurde.

Umso erstaunlicher ist es, dass Rot-Grün jetzt fast alles zurückdrehen will. Plötzlich gelten die drei Säulen nicht mehr als Renteneinheit. Die SPD will die Rente mit 67 abschaffen,

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer sagt das? – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das stimmt nicht! Die SPD hält an der Rente erst ab 67 fest!)

die sie selber in der Großen Koalition durch Franz Müntefering eingeführt hat. Er war der letzte Sozialdemokrat, der noch wusste, was Generationengerechtigkeit ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben den Menschen vor zehn Jahren allerdings nicht gesagt, dass Ihre Rentenreform unweigerlich so angelegt ist, dass sich dann, wenn das Rentenniveau sinkt und der Niedriglohnsektor durch die Agenda 2010 ausgeweitet wird, eine riesige Gerechtigkeitslücke für die Geringverdiener auftut. Das muss man den Menschen aber sagen. Vor zehn Jahren haben Sie das verschwiegen. Auch am Anfang dieser Legislaturperiode haben Sie noch versucht, das zu vertuschen. Aber inzwischen ist klar, dass wir heute die Weichen anders stellen müssen, damit Geringverdiener in Zukunft aus ihrer Arbeit, wenn sie jahrzehntelang eingezahlt haben, eine Rente aus der Rentenkasse beziehen können und nicht zum Sozialamt müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen machen wir demnächst die grüne Garantierente! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Dann müssen Sie das Rentenniveau wieder anheben!)

Wir haben die Lebensleistungsrente vorgeschlagen. Das heißt, dass die Renten derjenigen, die jahrzehntelang eingezahlt haben, bis zu 850 Euro aufgewertet werden können, und auch die Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten werden besonders berücksichtigt.

(Iris Gleicke [SPD]: Für den Osten auch? – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo sind denn die Gesetzentwürfe? Wo sind denn die Konzepte! Es gibt keine Konzepte! Sie reden nur! Sie sind aber die Regierung!)

Damit erhält jeder, der alles richtig gemacht hat, seine Rente aus der Rentenkasse und nicht vom Sozialamt. Das ist unser Konzept.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die sind im Osten geringer als im Westen!)

– Es ist interessant, dass Sie jetzt so schreien.

(Burkhard Lischka [SPD]: Reden Sie einmal über Ihren Koalitionsvertrag!)

Offensichtlich ist das Konzept der Lebensleistungsrente so überzeugend,

(Lachen bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Selbst die FDP betreten schweigt! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Da guckt noch nicht einmal die FDP überzeugt!)

dass die Grünen ihr Konzept einer Zuschussrente Wort für Wort davon abgeschrieben haben.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Was, Herr Strengmann-Kuhn?)

Sie haben lediglich ein paar Schleifen darum gemacht und dem Konzept einen neuen Namen gegeben; Sie nennen es jetzt Garantierente.

Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh, jetzt wird es aber ganz falsch! Die Garantierente gab es schon im letzten Wahlprogramm! Wenn jemand abgeschrieben hat, dann waren Sie das!)

Die Rente wird auf 850 Euro aufgewertet. Das haben Sie bei uns abgeschrieben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch sogar darüber nachgedacht, die „Garantierente“ zu nennen, und haben festgestellt, die gibt es schon!)

Ich finde es spannend, dass sich die Grünen etwas verschämt winden. Sie merken an dem Geschrei: Der getroffene Hund bellt. Offensichtlich sitzt das, was ich sage.

(Beifall bei der CDU/CSU – Christian Lange [Backnang] [SPD]: So wie Ihre Kabinettskollegen abschreiben, so die ganze Regierung! – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stand bei uns schon im Wahlprogramm drin!)

– Ja, wir sind Ihnen auf die Schliche gekommen. Sie haben nicht nur abgeschrieben. Das nennt man Plagiat, wenn man einfach einen neuen Titel darübersetzt.

Die Grünen haben zudem gehofft, dass keiner merkt, dass sie das Wort „Beitragsjahre“ durch das Wort „Versicherungsjahre“ ersetzen. Bei den Grünen bekommt man nach 30 Versicherungsjahren eine Garantierente. Was hat das zur Folge? Wenn jemand ein paar Jahre im Job war, zum Beispiel ein Langzeitstudent, der nebenher einen kleinen sozialversicherungspflichtigen Job hatte, bekommt er nach dem Konzept der Grünen am Ende die gleiche lebenslange Garantierente wie eine Floristin, die 40 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt hat. Das entwertet Arbeit.

Im Übrigen verteilen Sie das Geld mit einer großen Gießkanne.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Frau von der Leyen, das sind netto 50 Euro Unterschied bei den Grünen! Mehr ist das nicht!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin von der Leyen, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Nein, ich mache jetzt weiter.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau, das ist das! Sie trauen sich nicht! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Austeilen, aber nicht einstecken können!)

– Das wollen Sie nämlich nicht hören. – Weil Sie das Geld mit einer großen Gießkanne verteilen, kostet Ihr

Konzept 15 Milliarden Euro. Sie haben vorhin gesagt: Wir werden nichts versprechen, was wir nicht halten und bezahlen können. Die 15 Milliarden Euro sind Sie uns in Ihrer Rechnung schuldig geblieben. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch völlig aus der Luft gegriffen! Aber mit Zahlen können Sie eh nicht umgehen!)

Die SPD ist mit ihrem Konzept der Solidarrente vernünftiger. Es ist unserem Konzept ähnlich: Mindestentgeltpunkte und dann obendrauf abgestimmt etwas von der Zuschussrente. Sie nennen das jetzt Solidarrente.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das haben Sie von uns abgeschrieben! Die solidarische Mindestrente gab es zuerst!)

– Okay, dann haben sie es bei den Linken abgeschrieben und dann die Zuschussrente obendrauf gepackt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was ich bei der SPD nicht verstehe, ist, dass sie das Geld mit der Gießkanne verteilt. Durch Ihr Konzept wird jeder auf 850 Euro aufgewertet, egal wie hoch das Alterseinkommen ist. Das heißt, Sie geben einem Vermögenden,

(Iris Gleicke [SPD]: Quatsch!)

der ganz elegant von den Zinsen seines Vermögens leben kann, genau die gleiche Solidarrente wie dem Facharbeiter, der sich diese erst mühsam erarbeiten musste. Wir wissen, dass die SPD sehr gerne umverteilt, aber dieses Mal haben Sie sich offenbar in der Richtung geirrt: Das ist eine Umverteilung von unten nach oben. Das machen wir nicht mit. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Iris Gleicke [SPD]: Das ist doch gequirelter Unsinn! Vokal-diarrhoe ist das, was Sie erzählen!)

Deshalb ist unser Konzept richtig. Wir sagen: Lebensleistungsrente ja, aber mit Maß. Nur bei denjenigen, die nach jahrzehntelanger Einzahlung wirklich ein nichtausreichendes Alterseinkommen haben, wollen wir die Rente aufwerten.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Können Sie mal wieder zum Thema Ostrenten reden, Frau Ministerin? Thema verfehlt!)

Wir haben insbesondere die Frauen im Blick. Wir wollen Kindererziehungs- und Pflegeleistungen aufwerten. Deshalb lauten unsere Ziele – das ist der Dreiklang –: Wir wollen die lebenslange Leistung würdigen,

(Iris Gleicke [SPD]: Nur nicht für Ostdeutsche! Was machen Sie? – Dagmar Ziegler [SPD]: Ostrenten! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist eine Wahlkampfrede!)

wir wollen mehr Rentengerechtigkeit für Frauen schaffen, und wir halten den Grundsatz der Generationengerechtigkeit hoch.

Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen

- (A) (Iris Gleicke [SPD]: Nur nicht für Ostdeutsche! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Und was machen Sie? Nichts!)

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Iris Gleicke [SPD]: Wenn es noch einer Illustration bedurfte für die Unfähigkeit dieser Regierung, was die Ost-West-Angleichung angeht, dann war es diese Rede!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich bitte um etwas Mäßigung.

(Zuruf der Abg. Iris Gleicke [SPD])

Es hat immer der jeweilige Redner das Wort. Frau Gleicke, Sie hatten schon das Wort.

(Iris Gleicke [SPD]: Ja, aber ich habe zum Thema gesprochen, Herr Präsident! – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Ja, das sagen andere auch.

(Iris Gleicke [SPD]: Ich habe offensichtlich auch Ahnung davon!)

Das ist immer eine Sache des individuellen Eindrucks.

Mir liegen zwei Bitten um Genehmigung einer Kurzintervention vor, und zwar des Kollegen Anton Schaaf und des Kollegen Strengmann-Kuhn.

- (B) (Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Wenn dann die beiden Kollegen auch noch heute Abend um 18 Uhr da sind!)

Ich schlage vor, dass Sie Ihre Kurzinterventionen nacheinander abgeben und dann die Ministerin die Chance hat, zu antworten. – Bitte schön, Herr Schaaf.

Anton Schaaf (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich wollte mich ursprünglich nicht mehr zu Wort melden, aber dieser Wortbeitrag der Ministerin lässt mir letzten Endes keine Wahl.

Frau Ministerin, Sie haben es in Ihrer achtminütigen Rede vermieden, auch nur einmal über die vorliegenden Anträge zu reden.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es ja bemerkenswert, dass Sie sich mit den Rentenkonzepten der Oppositionsfractionen auseinandersetzen; aber das liegt wahrscheinlich daran, dass Sie überhaupt keins haben, Frau Ministerin.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte gerne von Ihnen eine konkrete Antwort zum Thema Ost-West-Angleichung gehabt. Sie haben vor vier Jahren mit Ihrem damaligen Versprechen Stimmen in Ostdeutschland gewonnen. Sagen Sie den Menschen jetzt: Wir werden es nicht machen. Dann können die

Menschen das am 22. September bei ihrer Entscheidung berücksichtigen. Sie haben zu diesem Thema kein Wort gesagt, Frau Ministerin. (C)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Strengmann-Kuhn, bitte.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, das eine ist, dass Sie nichts über Ihre Konzepte, die nach wie vor nicht vorliegen, gesagt haben. Ihr Wahlprogramm enthält nur ein paar Wunschwörter; ansonsten ist da nichts. Die Angleichung wird wieder nicht stattfinden. Das andere ist, dass Sie sich hierhinstellen und falsche Behauptungen machen.

(Iris Gleicke [SPD]: Ja!)

Das geht überhaupt nicht. Das ist eine Unverschämtheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Wir haben unser Konzept der Garantierente im Rahmen eines wissenschaftlichen Gutachtens durchrechnen lassen. Der Steuerzuschuss zur Finanzierung der Garantierente, die wir als Schutz der Neurentnerinnen und Neurentner vor Altersarmut vorsehen, beträgt im ersten Jahr 270 Millionen Euro. Die Summe wächst dann langsam auf. Nach drei Jahren beträgt der Steuerzuschuss 800 Millionen Euro. Wir haben das bis zum Jahr 2030 durchrechnen lassen. Für das Jahr 2030 kämen wir, wenn wir sonst keine Gegenmaßnahmen ergreifen würden, auf 5 Milliarden Euro und nicht auf 15 Milliarden Euro. (D)

Natürlich müssen wir präventiv diverse Maßnahmen gegen Altersarmut ergreifen. Auch diesbezüglich haben Sie nichts gemacht. Es geht um den Mindestlohn, um bessere Erwerbsbeteiligungsmöglichkeiten, um Equal Pay bei der Leiharbeit und vieles andere mehr im Bereich des Arbeitsmarktes. Die Zeit reicht nicht, jetzt alle Punkte anzusprechen. Das heißt, wir werden im Jahr 2030 bei deutlich weniger als 5 Milliarden Euro landen.

Wichtig ist, dass man jetzt schnell etwas unternimmt, weil es zunehmend mehr Altersarmut gibt. Schauen Sie in Ihren eigenen Armuts- und Reichtumsbericht. Wir haben ein Konzept, das finanzierbar ist, mit entsprechenden Vorschlägen zur Gegenfinanzierung unterbreitet. Auch diesbezüglich haben Sie nichts vorzuweisen.

Bitte vermeiden Sie in Zukunft, irgendwelche Unwahrheiten über unser Konzept zu erzählen. Legen Sie selber einmal etwas vor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin von der Leyen, bitte.

(A) **Dr. Ursula von der Leyen**, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Vielen Dank. – Zunächst einmal zu Herrn Schaaf. Interessant ist, sich einmal Folgendes anzuschauen: Bereits 2005 stand ebenso wie 2009 eine Passage zur Ost-West-Angleichung im Koalitionsvertrag.

(Iris Gleicke [SPD]: Das haben Sie damals auch schon prononciert! Ja, ja! Ich erinnere mich!)

Schauen wir einmal, was unterm Strich herausgekommen ist; denn das ist entscheidend für die Menschen: Wir haben es bei der Ost-West-Angleichung geschafft, dass die Renten im Osten inzwischen bei 92 Prozent des Westniveaus liegen.

(Iris Gleicke [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit! Das ist eine dreiste Lüge! Sie haben gar nichts geschafft! Das war unsere Garantierente!)

Es ist für die Menschen entscheidend, dass wir durch gute Arbeit und gute Wirtschaft die Ost-West-Angleichung tatsächlich hinbekommen. Sie reden in der Theorie. Keiner von Ihnen hat gesagt, ob Sie die Höherwertung der Osteinkommen wieder abschaffen wollen, also die Menschen im Osten wieder schlechterstellen wollen. Für uns ist entscheidend, dass die Menschen im Osten Arbeit haben, gute Arbeit haben und dass sie dann auch eine gute Rente haben. Das haben wir mit den 92 Prozent bewiesen.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Anette Kramme [SPD]: Das ist eine grobe Lüge!)

Das Zweite. Herr Strengmann-Kuhn, Ihre Falle ist, dass Sie bei Ihrem Konzept – wie gesagt: bei der Zuschussrente abgeschrieben und dann mit einem anderen Namen versehen –

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch das ist falsch!)

„Beitragsjahre“ durch „Versicherungsjahre“ ersetzt haben. Vielleicht wissen die meisten Menschen nicht, was das bedeutet. Versicherungsjahre heißt: Es reicht, dass man in der Rentenkasse ist, auch ohne einen einzigen Cent einzuzahlen. Wenn man 30 Jahre in der Rentenkasse war, zum Beispiel weil man während des Studiums einen sozialversicherungspflichtigen kleinen Job hatte

(Anton Schaaf [SPD]: Dann hat man doch eingezahlt!)

und danach einige Jahre gearbeitet hat,

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist völliger Unsinn! Sie kennen sich mit der Rente überhaupt nicht aus! Völlig unfähig sind Sie!)

wird man nach Ihrem Konzept zum Schluss auf die Garantierente von 850 Euro aufgewertet. Das macht es so irrsinnig teuer. Deshalb ist die Rechnung, dass es 2030 nur 5 Milliarden Euro kostet, nicht richtig; es würde deutlich mehr kosten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo haben Sie die Zahlen her? Sie behaupten das einfach!)

(C)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Sonja Steffen von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Sonja Steffen (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Zurück zum Thema.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Tatsächlich findet sich der Vorsatz, ein einheitliches Rentenrecht für Ost und West hinzubekommen, bereits schwarz auf weiß in Ihrem Koalitionsvertrag, meine Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, und zwar nicht für irgendwann, sondern für diese nun zu Ende gehende Wahlperiode. Frau Michalk, ich glaube, Sie haben den Koalitionsvertrag nicht gelesen. Ich muss ihn deshalb noch einmal zitieren; Herr Strengmann-Kuhn hat es ja schon getan. Dort steht wörtlich auf Seite 84:

Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.

(Iris Gleicke [SPD]: So ist es!)

(D)

Nicht Prüfungsauftrag, sondern Einführung.

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Sie wissen, dass wir eine Arbeitsgruppe eingesetzt haben!)

Auf dieses Versprechen haben sich die Menschen im Osten tatsächlich verlassen. Heute sind sie ernüchtert und werden daher auch Ihre jetzigen Wahlversprechen als das einordnen, was sie sind: Wahlbetrug mit Ansage.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch ich bin sicher: Die Quittung für diesen Wahlbetrug werden Sie durch die Wahlentscheidung am 22. September erhalten.

Übrigens, Herr Kolb, ich habe gelesen, dass Sie kürzlich gesagt haben, es sei „wirklich ärgerlich“, dass die Ost-West-Angleichung nicht umgesetzt worden sei.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ja!)

Ich habe mich gefragt: Warum sagt ausgerechnet der rentenpolitische Sprecher der FDP das?

(Iris Gleicke [SPD]: Selber machen!)

Die Erklärung ist eigentlich ganz einfach: In einem einheitlichen Rentenrecht würde die Anpassung in Ost- und Westdeutschland im Juli 2013 gleich ausfallen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ja!)

Sonja Steffen

- (A) Der zu erwartende Unmut darüber, dass die 4 Millionen Ostrentner im Juli eine Rentenerhöhung von 3,29 Prozent erhalten werden und damit über 3 Prozent mehr als ihre 16,6 Millionen Altersgenossen im Westen, wäre Ihnen, den schwarz-gelben Wahlkämpfern, dann erspart geblieben.

Die unterschiedliche Erhöhung der Anpassungssätze in Ost und West ist einem Normalsterblichen tatsächlich nicht zu erklären. Ich habe viel Verwandtschaft im Westen, die überwiegend inzwischen Rentner sind. Ich habe sie Ostern besucht. Thema Nummer eins war immer, wenn ich bei ihnen war: Wie kann es sein, dass wir weniger Rentenerhöhung bekommen als ihr im Osten? Ich habe dann immer geduldig erklärt, dass das alles den gesetzlichen Vorgaben entspricht und schlicht die Formeln für die Berechnung angewandt werden, und zwar richtig. Es blieben dennoch erhebliche Fragen.

Frau Ministerin von der Leyen, Sie haben sich heute zu dem Thema der Renten in Ost und West wirklich gar nicht geäußert.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist peinlich!)

Sie haben vorhin erklärt, dass durch die unterschiedlichen Erhöhungen der Abstand zwischen den Renten in Ost und West verringert wird und dass dies Ihr Verdienst ist. Das ist schlichtweg falsch. Denn es ist ganz einfach das Ergebnis einer mathematischen Berechnung und der Lohnentwicklung geschuldet.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Iris Gleicke [SPD]: Kein einziger Lohn-Euro!)

Ihr Abtauchen in der Rentenpolitik führt dazu, dass die Menschen in Ost und West sich weiterhin voneinander abgrenzen. So wächst nicht zusammen, was zusammengehört.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit schüren Sie nur Unmut und Ungerechtigkeitsempfinden in Ost und West. Zwei Jahrzehnte nach der Einheit ist es längst überfällig, dass in ganz Deutschland endlich gleiche Renten gezahlt werden.

(Beifall der Abg. Dr. Marlies Volkmer [SPD])

Eine Bundesregierung mit uns an der Spitze wird die Angleichung der Renten herbeiführen und sich nicht wegdrücken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in den letzten vier Jahren bei dieser Frage nicht geschlafen.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Doch! – Gegenruf der Abg. Iris Gleicke [SPD]: Ach, Herr Weiß!)

Ich freue mich, dass wir in der SPD-Landesgruppe Ost in Zusammenarbeit mit der stellvertretenden Parteivorsitzenden Manuela Schwesig – auch Iris Gleicke haben wir da sehr viel zu verdanken – die Angleichung in unserem Regierungsprogramm verankert haben. Ein ähnliches Engagement hätte ich mir übrigens auch von den CDU-Abgeordneten aus dem Osten gewünscht. Kein Wunder, dass heute nicht einmal jemand von Ihnen zu diesem Thema spricht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Doch, Frau Michalk! – Gegenruf des Abg. Anton Schaaf [SPD]: Aber zum Thema Rente hat sie doch nicht gesprochen!)

Unser Konzept – Frau Gleicke hat es vorhin schon wunderbar erklärt – wird damit einhergehen, dass wir so schnell wie möglich Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen werden, und zwar so, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben und ordentliche Rentenbeiträge zahlen können.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Steffen, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Michalk?

Sonja Steffen (SPD):

Nein. Sie hatten vier Jahre Zeit, uns Fragen zu stellen. Wenn Sie welche hatten, dann hätten Sie das machen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zurufe von der CDU/CSU: Oh! – Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Souverän ins Fettnäpfchen!)

Kurz zum Antrag der Linken. In der Zielsetzung sind wir uns einig. Allerdings werden wir für die vollständige Angleichung nach unserer Berechnung circa 4,5 Milliarden Euro in die Hand nehmen müssen. Damit stellen sich Fragen der Finanzierbarkeit und Fragen im Zusammenhang mit dem Höherwertungsfaktor, die nur in Stufen solide beantwortet werden können. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über Ihren Antrag enthalten.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wir haben doch einen Stufenplan! – Gegenruf des Abg. Anton Schaaf [SPD]: Aber einen sehr kurzfristigen, mein Freund!)

Meine Damen und Herren, solide Rentenpolitik geht nicht ohne vernünftige Arbeitsmarktpolitik. In meinem Wahlkreis, der übrigens auch der Wahlkreis der Abgeordneten Angela Merkel ist, verdient eine Verkäuferin in Vollzeit – hören Sie gut zu – durchschnittlich 1 300 Euro brutto; das Gleiche verdient auch ein Kellner. In meinem Wahlkreis haben wir eine Arbeitslosenquote von 14,4 Prozent und eine Aufstockerquote von 15 Prozent. Ich erinnere an dieser Stelle daran, dass es auch der Wahlkreis der Abgeordneten Angela Merkel ist.

(Iris Gleicke [SPD]: Hört! Hört! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Eine Schande!)

(C)

(D)

Sonja Steffen

- (A) Weder aus solch niedrigen Gehältern noch aus Arbeitslosigkeit erwachsen vernünftige Rentenansprüche. Durch Ihre verfehlte Arbeitsmarktpolitik, gerade und insbesondere im Osten der Republik, und durch Ihre Verweigerung eines gesetzlichen Mindestlohnes werden die Menschen im Osten in doppelter Hinsicht bestraft: Sie sind einkommensarm und werden deshalb später altersarm.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Und Sie sind argumentationsarm!)

Wir von der SPD denken Rentenpolitik immer auch im Zusammenhang mit Arbeitsmarktpolitik. Vernünftige Rentenpolitik heißt für uns Sozialdemokraten: 850 Euro Solidarrente für Menschen, die 30 Jahre gearbeitet haben und ein zu geringes Einkommen hatten.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Brutto oder netto? – Gegenruf des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Ach, das sind doch Details! Das wissen die doch selber nicht!)

Vernünftige Rentenpolitik heißt für uns Sozialdemokraten: Diejenigen, die nicht mehr arbeiten können, müssen durch eine Erwerbsminderungsrente gut abgesichert werden. Vernünftige Rentenpolitik heißt für uns Sozialdemokraten: Wer 45 Jahre versichert war, kann mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Und: Vernünftige Rentenpolitik heißt für uns Sozialdemokraten, dass wir in der nächsten Legislaturperiode unser Versprechen der Ost-West-Angleichung halten werden.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Im Gegensatz zu Ihnen von der Regierungskoalition werden wir die Menschen nicht enttäuschen.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Sie enttäuschen sie doch schon!)

Sie haben versprochen und gebrochen, auch die Abgeordnete Angela Merkel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Johannes Vogel das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Johannes Vogel (Lüdenscheid) (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Abgeordnete Kolb eben insbesondere auf den Antrag der Linken eingegangen ist, möchte ich mich vor allem auf den Beitrag des Kollegen Strengmann-Kuhn beziehen, der das wahrgemacht hat, was er vorhin auf Twitter angekündigt hat – als ich auf dem Weg hierher war und meinen Twitter-Account checkte, konnte ich das dort schon lesen –, dass er nämlich eine allgemeine Bilanz der Rentenpolitik der letzten vier Jahre ziehen und nicht nur zum eigenen Antrag sprechen wolle.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Aha!)

Ich finde, das ist interessant. Über diese Bilanz können wir gerne reden. (C)

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Ja, dann machen wir das doch!)

Zunächst muss man festhalten – das hat die Ministerin eben schon völlig zu Recht gesagt –, dass Altersarmut in Deutschland für 98 Prozent der Menschen im Rentenalter derzeit glücklicherweise keine Realität ist, weil sie Gott sei Dank nicht auf die Grundsicherung angewiesen sind. Das ist erst einmal eine gute Nachricht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht im Armuts- und Reichtumsbericht aber ganz anders! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Schauen Sie doch mal in den Reichtums- und Armutsbericht rein! 14,2 Prozent sind arm!)

Die Frage ist doch – das sage insbesondere ich als Jüngerer –: Wie sorgen wir dafür, dass das in Zukunft so bleibt, dass die Altersarmut also auch in Zukunft nicht oder möglichst wenig steigt? Ich fand es interessant, dass sowohl die Kollegin Steffen als auch Sie, lieber Herr Strengmann-Kuhn, eben gesagt haben: Da geht es nicht nur um die Rentenpolitik an sich, sondern vor allem auch um den Arbeitsmarkt. – Ich finde es bemerkenswert, dass Sie das sagen. Wenn ich mir die Lage am Arbeitsmarkt anschau, kann ich nur sagen: Dann ist es doch eine gute Nachricht, dass wir in Deutschland Rekordbeschäftigung haben. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aufstocker!)

Es ist doch eine gute Nachricht, dass wir in Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa haben. Bei jedem jungen Menschen, der jetzt einen Job findet – was er früher, als Sie regiert haben, nicht konnte –,

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Noch nie gab es bei den Erwerbstätigen eine so hohe Armutsquote!)

sinkt das Risiko, im Alter auf Unterstützung angewiesen zu sein. Daher ist die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dieser Koalition die beste Grundlage zur Vermeidung von zukünftiger Altersarmut.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Iris Gleicke [SPD]: Um 800 Millionen Euro haben Sie die Arbeitsmarktmittel für den Osten gekürzt!)

Lieber Herr Strengmann-Kuhn, es ist nicht korrekt, wenn Sie in Ihrem Antrag ständig – kontrafaktisch; ich weiß nicht, ob wider besseres Wissen oder einfach weil Sie mit Copy und Paste arbeiten – wiederholen, dass die Schere immer weiter auseinandergehe.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagt doch Ihr eigener Armuts- und Reichtumsbericht! – Gegenruf des Abg.

Johannes Vogel (Lüdenscheid)

- (A) Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Nein, er sagt das Gegenteil!

Auch die Qualität der Arbeit entwickelt sich positiv, und das nicht nur weil wir in Weiterbildung und Aufstiegs-perspektiven investieren. Ausweislich der Zahlen nimmt die Einkommensungleichheit seit 2006 nicht weiter zu. In den letzten Jahren, unter dieser Koalition, ist der Niedriglohnsektor geschrumpft. Das sind doch gute Nachrichten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kommen Sie doch mal zur rentenpolitischen Bilanz! Die wollten Sie doch ziehen!)

Sie sollten die Fakten akzeptieren und nicht das Gegenteil behaupten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Fakten sind nämlich wichtig für die Rentenpolitik.

Kommen wir zu einem zweiten Punkt, der auch eine Rolle spielt: Wie verhindern wir, dass sich die Demografie in Zukunft negativ auswirkt? Da kann ich nur sagen: Diese Koalition gibt für den Ausbau von Betreuungseinrichtungen gutes Bundesgeld.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollten doch etwas zur Rentenbilanz sagen! – Silvia Schmidt [Eisleben] [SPD]: Ostrenten!)

- (B) Die Koalition hat aber auch wegweisende Reformen auf den Weg gebracht, zum Beispiel eine Reform der Blue-card für eine moderne Einwanderungspolitik. Das ist eine Investition in eine Abmilderung der demografischen Probleme. Auch das ist gute Rentenpolitik, Herr Strengmann-Kuhn – allemal besser als das, was Sie zustande gebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Aber kommen wir konkret zur Rente. Es ist in der Tat bemerkenswert, wie sich die Kollegen von den Sozialdemokraten von den eigenen Reformen verabschieden. Ich nenne da insbesondere die Anhebung des Renteneintrittsalters. Selbstverständlich ist diese Anhebung notwendig; denn wenn wir alle älter werden und länger fit bleiben, dann ist es auch richtig, etwas länger zu arbeiten. Wer hatte das unter anderem erkannt? Ihr Kollege Franz Müntefering. Was macht die SPD jetzt? Sie wollen sich von dieser Reform verabschieden.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Schön wär's! Wir bleiben bei der Rente ab 65 Jahren! – Iris Gleicke [SPD]: Es wäre trotzdem schön, etwas zur Ost-West-Rentenangleichung zu hören!)

Derselbe Franz Müntefering – ehemaliger Vizekanzler und Sozialminister – hat dazu klare Worte gefunden. Er hat mit Blick auf das so hochgelobte Rentenkonzept der SPD – seiner eigenen Partei – vor einigen Monaten gesagt:

Das kann überhaupt nicht funktionieren. Da muss man nicht Mathematik studiert haben, da reicht Grundschule Sauerland. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Ein klareres Zeugnis können wir Ihrem Konzept auch nicht ausstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen; damit ist alles gesagt.

(Anton Schaaf [SPD]: Wie war das mit der Ost-West-Angleichung?)

Es ist notwendig, dass wir das höhere Renteneintrittsalter durch flexiblere Übergänge flankieren, lieber Kollege Toni Schaaf. Deswegen werden wir, wenn diese Koalition von den Wählerinnen und Wählern im Herbst hoffentlich bestätigt worden ist, als ersten Schritt die Zuverdienstgrenzen abschaffen oder sie zumindest senken. Das ist richtig und notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hätten das längst machen können! Bei diesem Thema waren Sie sich doch einig! Warum haben Sie das denn nicht gemacht?)

Die Rente steht auf zwei Säulen. Wegen der Demografie muss in Zukunft neben der Einzahlung in das Rentensystem immer auch private Vorsorge stehen. Daher müssen und werden wir dafür sorgen, dass klar ist: Wer sich anstrengt und vorsorgt, der wird mehr haben als die Grundsicherung und mehr als der, der das nicht getan hat. – Dafür werden wir sorgen. (D)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die FDP hat doch alles verhindert!)

Das Konzept der SPD hält schon einer Überprüfung durch Kollegen von der eigenen Partei, wie Franz Müntefering, nicht stand. Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ist vorzuwerfen, dass Sie sich über die Finanzierung Ihres Konzepts völlig ausschweigen.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe eben etwas zur Finanzierung gesagt!)

Da steht sinngemäß nur: Das wird dann irgendwie aus Steuermitteln finanziert. – In Zeiten der Euro-Schuldenkrise ist das eine bemerkenswerte Aussage. Da braucht man doch eine nachhaltige Gegenfinanzierung. Damit tun Sie den Rentnerinnen und Rentnern keinen Gefallen. Das Rentensystem braucht Verlässlichkeit. Wir werden das mit den beschriebenen Schritten fortsetzen.

(Silvia Schmidt [Eisleben] [SPD]: Ostrenten! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Sie haben nichts getan zur Ost-West-Angleichung! Das ist das Ergebnis von vier Jahren Schwarz-Gelb! Traurig! Setzen!)

Die letzten vier Jahre waren schon allein wegen der Situation am Arbeitsmarkt vier gute Jahre für die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland. Deshalb ist die

Johannes Vogel (Lüdenscheid)

- (A) Rentenpolitik auch in Zukunft bei dieser Koalition in den richtigen Händen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Iris Gleicke [SPD]: Diese Debatte geben wir als Broschüre heraus an alle Ostdeutschen!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die Fraktion Die Linke hat jetzt die Kollegin Dr. Martina Bunge das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Martina Bunge (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Differenziertheit der Debatte zeigt meines Erachtens eines: dass die Koalition es hervorragend versteht, um das, was sie nicht erledigt hat, herumzureden. Andererseits zeigt die Debatte aber auch, welches Riesenspektrum an Aufgaben, die im Zusammenhang mit der deutschen Einheit stehen und seit 23 Jahren nicht erledigt sind, noch vor uns liegt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Anträge der Linken verleihen denen eine Stimme, die hier sonst nie gehört werden. Ich denke beispielsweise an die Beschäftigten im Gesundheitssystem, die darauf vertraut haben, dass sie im Alter eine Würdigung für ihre schwere und verantwortungsvolle Arbeit erfahren.

(B)

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Weil ihnen die DDR nichts gegeben hat! Schandhaft, wie ihr die Krankenschwestern in der DDR bezahlt habt! Schändlich war das!)

Ich habe die Kumpel der Braunkohleveredelung Borna/Espenhain vor Augen. Sie haben diese harte Arbeit in der Braunkohleveredelung auf sich genommen,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Unter zum Teil menschenverachtenden Bedingungen!)

weil die DDR kaum Steinkohle hatte, aber die Öle, Paraffine und das, was dort sonst noch hergestellt wurde, in der Wirtschaft und für den Alltag gebraucht wurden. Sie sind heute krank; viele sind bereits verstorben. Ich finde es eine Schande, dass die Bundesregierung diesen Menschen keine angemessene Sicherung für das Alter garantiert. 400 bis 500 leben noch.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich denke aber auch an die Balletttänzerinnen und Balletttänzer. Überall in der Welt gehen sie in etwa im vierten Lebensjahrzehnt von der Bühne und sind abgesichert. Die „berufsbezogene Zuwendung“ in der DDR wurde dagegen durch den Einigungsvertrag zum 31. Dezember 1991 beendet, aber nicht, um ersatzlos gestrichen zu werden. Das hat erst jüngst der damalige und letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, noch einmal bestätigt. Ich finde es eine Schande, dass

diese Bundesregierung so über den Willen der letzten Volkskammer „hinwegwischt“.

(C)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unerträglich finde ich es auch, dass die Bundesregierung nichts für diejenigen tut, die geflüchtet sind oder ausgewiesen wurden – darüber wurde bereits gesprochen –, und hier untätig bleibt, obwohl wir heute vor genau einem Jahr eine entsprechende Petition angenommen haben, nach der die Regierung diese Situation verändern soll. Heute könnten wir diesen Auftrag mit einer Sofortabstimmung bekräftigen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin froh, dass inzwischen alle Oppositionsfraktionen hier in diesem Hause aktiv geworden sind. Leider hat das Tätigwerden in den elf Jahren Regierungszeit der SPD nicht geklappt. Ich sehe das auch bei Ihnen, Herr Kolb. In der letzten Legislaturperiode, als Sie noch in der Opposition waren, haben Sie einen Antrag eingebracht, der fast alle Probleme beschrieb, die die Linke hier immer vorträgt. Sie hatten eine tolle Lösung: Es muss nachversichert werden. – Das geht zwar nicht,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das geht gut! Das ist das beste System zur Vermeidung von Ungerechtigkeit!)

aber Sie hatten immerhin die Probleme eingestanden. Jetzt sagen Sie nichts mehr dazu.

(D)

Das Einbringen der Anträge zeigt, dass hier ein gemeinsamer Wille besteht. Ich bin allerdings skeptisch, ob das wohlklingende Rentenüberleitungsabschlussgesetz, das die SPD fordert, wirklich sozialen Frieden bringen wird. Sie wollen mit dem Härtefallfonds vermeiden, dass die Betroffenen in die Grundsicherung „rutschen“. Damit wird aber kein sozialer Friede

(Iris Gleicke [SPD]: Das wollen wir doch erst definieren in einer Arbeitsgruppe!)

zwischen den Ingenieuren, den Professorinnen und Professoren und den Eisenbahnern in Ost und West hergestellt. Hier geht es nämlich nicht nur um die Vermeidung des Abrutschens in die Grundsicherung.

Sie sprechen von sozialen Härten und davon, dass in der Vermeidung der Schlüssel liege.

(Iris Gleicke [SPD]: Deshalb heißt er auch Härtefallfonds!)

Ich denke, das wird nicht reichen. Auch der Missbrauch des Rentenrechts als politisches Strafrecht wird damit nicht abgeschafft. Das alles sind Aufgaben, die meines Erachtens zur Erledigung anstehen.

Wir sehen, ein riesiger Berg von Aufgaben, die in der nächsten Legislaturperiode zu erledigen sind, liegt vor uns. Dazwischen erfolgen am 22. September 2013 die Wahlen. Wir alle wissen nicht genau, wie es ausgehen wird, und so weiß auch ich nicht genau, ob ich hier noch einmal sprechen kann. Ich möchte Ihnen und vor allen

Dr. Martina Bunge

- (A) Dingen auch allen, die zuhören, deshalb sagen: Solange ich denken kann, solange mein Herz schlägt, werde ich für Gerechtigkeit in Sachen Rentenüberleitung kämpfen. Die Lebensleistung Ost muss anerkannt werden!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat jetzt der Kollege Peter Weiß das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist verständlich, dass sich vor allen Dingen die Opposition in der letzten Rentendebatte des Deutschen Bundestages vor einer Bundestagswahl noch einmal gut aufstellen will.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das haben wir ja auch geschafft! – Iris Glicke [SPD]: Sie haben damit Mühe! Das ist wahr!)

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, alle Probleme aus der Rentenüberleitung aus dem Jahr 1990, die uns beschäftigen, und auch die Frage „Wie behandeln wir diejenigen, die von der DDR auf schändliche Art und Weise ausgebürgert wurden und in den Westen kamen?“, liegen seit 1990 auf dem Tisch. Diese Menschen haben wir nach der Wiedervereinigung in das gesamtdeutsche Rentenrecht aufgenommen; zuvor wurden sie nach Fremdretenrecht behandelt, weil die Bundesrepublik Deutschland aus der Rentenkasse der DDR nichts bekommen hat.

- (B)

Das gilt auch für die Frage: Wie schafft man die Rentenangleichung Ost-West? Acht Jahre nach der Wiedervereinigung, im Jahr 1998, hat Rot-Grün im Bund Regierungsverantwortung übernommen. Seit dieser Zeit hat elf Jahre lang ein Sozialdemokrat oder eine Sozialdemokratin die Regierungsverantwortung für die Rentenpolitik in Deutschland getragen. In diesen elf Jahren ist kein einziges der Probleme, die wir heute auflisten, von Ihnen gelöst worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es ist wirklich unehrlich, wenn diejenigen, die elf Jahre Zeit gehabt hätten, ebendiese Probleme zu lösen, jetzt, wo sie in der Opposition sind, vor einer Bundestagswahl plötzlich erzählen: Wir hätten es gemacht. – Nein, Sie hätten es nicht gemacht. Sie hätten elf Jahre Zeit dafür gehabt. Es ist also unehrlich, was Sie hier heute vortragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ingrid Fischbach [CDU/CSU]: Unehrlich! Pfui!)

Übrigens, was die Rentenangleichung Ost-West angeht: Rot-Grün hat in den sieben Jahren seiner Regierungszeit zweimal per Gesetz den Rentnerinnen und Rentnern in Ost und West eine Nullrunde verordnet,

(Ingrid Fischbach [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

spricht: die Rentenangleichung Ost-West zum Stillstand gebracht. Wir haben die Rentenangleichung Ost-West wieder vorwärtsgebracht; das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Iris Glicke [SPD]: Weil die Löhne nicht gestiegen sind! Unsinn!)

Zu Recht ist darauf hingewiesen worden: Bei der Wiedervereinigung 1990 betrug der Rentenwert Ost gerade 40 Prozent des Rentenwerts West. Vollkommen richtig: Die Rentenformel ist von zentraler Bedeutung. Aber was ist die Grundlage der Rentenformel? Die Lohnentwicklung! Durch die gute Lohnentwicklung haben wir es geschafft, dass ab Montag, 1. Juli dieses Jahres, der Rentenwert Ost endlich auf 92 Prozent des Rentenwerts West ansteigt. Das ist ein großer Erfolg für die Rentnerinnen und Rentner im Osten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Iris Glicke [SPD]: Aber nicht Ihr Verdienst!)

Zu Recht sagen die Rentnerinnen und Rentner im Osten: Aber da fehlen ja noch 8 Prozent. – Dies veranlasst mich, hier auf etwas hinzuweisen, was hier noch niemand in Zahlen vorgetragen hat, nämlich die Höherwertung der Gehälter im Osten auf dem Rentenkonto, nicht auf dem Girokonto. Diese Höherwertung liegt bei 17 Prozent. Wenn jemand im Osten in diesem Monat ein Gehalt von 1 000 Euro bekommt, dann wird sein Rentenkonto so gestellt, als hätte er in Wahrheit 1 176,70 Euro verdient. Das ist die Höherwertung.

(Iris Glicke [SPD]: Es geht um den Rentensprung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West will – wir als Union wollen das; die FDP genauso –,

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Dann macht es doch!)

dann muss man in dem Moment, in dem in Ost und West das Rentenniveau gleich ist, wenn es also im Osten anstatt bei 92 Prozent bei 100 Prozent liegt, diese Höherwertung abschaffen; denn der Grund für ihre Einführung war ja das uneinheitliche Lohnniveau.

Das zeigt: Man kann eine Rentenangleichung Ost-West nur durchführen, wenn man die Ostrenten den Westrenten schrittweise angleicht und die Höherwertung beendet. Wenn man das mit einem Schlag, jetzt sofort, macht, bedeutet das aber, dass man viele Rentnerinnen und Rentner im Osten schlechterstellt. Das wollen wir nicht. Wir wollen die Rentner im Osten nicht schlechterstellen, wir wollen sie besserstellen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**
Herr Kollege Weiß, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Birkwald?

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):
Okay.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Bitte schön, Herr Birkwald.

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. Vielen Dank, Herr Weiß, dass Sie die Frage zulassen. – Herr Weiß, Sie haben gerade gesagt. Wenn einer im Osten und einer im Westen 1 000 Euro verdienen würde, dann würde derjenige im Osten eine höhere Rente erhalten. Das ist nur die halbe Wahrheit.

(Iris Gleicke [SPD]: So ist es!)

Wahr ist, dass die Einkommen im Osten im Durchschnitt immer noch 20 Prozent unter denen im Westen liegen. Wenn Sie jetzt die Hochwertung abschaffen, dann hat das zum Ergebnis – auch wenn Sie den Rentenwert angleichen –, dass diejenigen im Osten, die dieselben Jobs wie diejenigen im Westen machen, am Ende eine geringere Rente als die im Westen haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Anton Schaaf [SPD]: Genau so ist es!)

(B) Ein Beispiel: Nehmen Sie zwei Floristinnen, die in Teilzeit arbeiten, damit wir auf 1 000 Euro Verdienst im Westen kommen. Die Floristin im Osten bekommt keine 1 000 Euro, sondern 750 oder 800 Euro.

(Iris Gleicke [SPD]: Richtig!)

Die Hochwertung dient dazu, dass auf dem Rentenkonto beide Floristinnen denselben Wert vorfinden.

(Iris Gleicke [SPD]: So ist das!)

Aber nur wenn bei der Auszahlung der gleiche Rentenwert steht, dann haben die beiden auch hinterher dieselbe Rente.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Fakt ist doch derzeit noch: Wenn jemand im Osten 45 Jahre gearbeitet und immer den Durchschnittslohn verdient hat und wenn jemand im Westen 45 Jahre gearbeitet und immer den Durchschnittslohn verdient hat und diese beiden am selben Tag in Rente gehen, dann hat der Mann oder die Frau aus dem Osten immer noch 108 Euro weniger Rente als der Mann oder die Frau aus dem Westen. Diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden. Deshalb haben wir einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Was sagen Sie dazu?

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Endlich mal jemand, der die Wahrheit sagt!)

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):
Herr Kollege Birkwald, ich komme aus Baden-Württemberg. (C)

(Zuruf von der SPD: Das wissen wir! – Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Wir haben doch nichts gegen Minderheiten!)

Hier im Bundestag sitzen Kolleginnen und Kollegen aus Schleswig-Holstein. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein, die auch fleißig sind, haben einen Durchschnittsverdienst in Höhe von nur 75 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-Württemberg.

(Iris Gleicke [SPD]: Und wo liegen sie im bundesrepublikanischen Durchschnitt?)

Aber es gibt im westdeutschen Rentenrecht keine Methode, um diesen Unterschied bei der Rente auszugleichen. Wenn wir Ihrem Beispiel folgen würden, müssten wir für alle Bundesländer ein solches System einführen.

Ich spreche mich nicht gegen eine Höherwertung aus. Sie ist wegen des unterschiedlichen Lohnniveaus in Ost und West gerechtfertigt. Aber das, was Sie vorschlagen, führt in Wahrheit gar nicht zu einem einheitlichen Rentenwert in West und Ost. Das, was Sie vortragen, ist Lug und Trug. Sie wollen die Spaltung Deutschlands in der Rente beibehalten, indem Sie den Rentenwert in Ost und West auf das gleiche Niveau heben, aber gleichzeitig im Osten eine Höherwertung der Gehälter auf dem Rentenkonto beibehalten.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nur so lange, bis sie angeglichen sind!) (D)

Das bedeutet doch, dass sich die Lage umkehrt. Plötzlich sollen die Rentnerinnen und Rentner im Westen weniger bekommen als die im Osten.

(Widerspruch bei der LINKEN – Iris Gleicke [SPD]: Unglaublich!)

Diese neue Spaltung, die die Linke will, machen wir auf keinen Fall mit. Das hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun.

(Iris Gleicke [SPD]: Demagoge! – Weitere Zurufe von der SPD und der LINKEN)

So ist es.

(Beifall bei der CDU/CSU – Anton Schaaf [SPD]: Das ist ein Gegeneinanderausspielen!)

– Ich will niemanden gegeneinander ausspielen. Ich sage nur, wie die Fakten sind.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie sich von den merkwürdigen Berechnungsmethoden, die einige vortragen, nicht täuschen.

(Widerspruch bei der SPD und der LINKEN)

Wir wollen ein einheitliches Rentenrecht. Wir wollen die Rentnerinnen und Rentner im Osten nicht benachteiligen, wir wollen aber auch keine Benachteiligung der Rentnerinnen und Rentner im Westen. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland haben eine gute Rente verdient.

Peter Weiß (Emmendingen)

- (A) (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Aber ihr macht nichts! – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Wahlprogramm steht was anderes!)

Wir haben heute leider Menschen mit geringen Einkommen im Osten wie im Westen. Deswegen ist die eigentliche Frage nicht nur eine des gleichen Rentenwerts, sondern die, ob wir eine Methodik entwickeln, die dazu führt, dass Menschen mit geringem Einkommen, die ein Leben lang gearbeitet haben, im Alter eine Rente beziehen, die so hoch ist, dass sie nicht um staatliche Unterstützung bitten müssen. Das wollen wir für die Rentnerinnen und Rentner und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Osten wie im Westen wenig verdient haben, verwirklichen. Deswegen wollen wir – das ist ein zentraler Punkt unseres Wahlprogramms – eine Aufstockung von Niedrigrenten vornehmen, mit denen wir den Rentnerinnen und Rentnern signalisieren: Wer ein Leben lang gearbeitet hat, der muss auch von seiner Rente leben können. – Das ist unsere Zusage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Anton Schaaf [SPD]: Und privat vorgesorgt hat! Sonst nicht!)

Nun wird nicht nur heute, sondern sicherlich auch in den nächsten Wochen im Wahlkampf vieles versprochen und vieles gesagt. Wenn man eine rentenpolitische Bilanz der acht Jahre Regierungszeit von Angela Merkel ziehen will,

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Desaströs!)

- (B) dann fällt vor allen Dingen eines auf:

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Versprochen – gebrochen!)

Im September 2005 – auch damals war Bundestagswahl; es war das Ende von Rot-Grün – haben die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland zum ersten Mal eine Rente auf Pump bekommen. Die Rentenkasse war leer.

(Ingrid Fischbach [CDU/CSU], an die Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gewandt: Leer gemacht habt ihr sie!)

Die Rentenversicherung musste beim Finanzminister zusätzliches Geld besorgen, um die Rente ausbezahlen zu können.

Was ist heute, nach acht Jahren Angela Merkel, der Fall? Die Rentenkasse ist voll. Sie hat eine Rücklage von 29 Milliarden Euro gebildet. Wir sind in der Lage, die Rente auszubezahlen, ohne beim Finanzminister anzuklopfen. Wir haben auch Geld, um Leistungsverbesserungen durchzuführen.

(Zuruf von der SPD: Dann machen Sie es doch!)

Liebe Rentnerinnen und Rentner, liebe Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland, es gibt einen Gesichtspunkt, nach dem Sie Ihre Wahlentscheidung treffen sollten: Wer hat die Rente wieder auf eine solide Basis gestellt? Wer kann wieder mit einer Rücklage in

der Rentenkasse operieren, statt die Rente auf Pump auszahlen zu müssen? (C)

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Und wer hat Ost und West nicht angeglichen?)

Das ist die eigentliche große Leistung der Regierung von Angela Merkel. Vertrauen Sie Angela Merkel! Das bedeutet auch eine sichere Rente.

(Widerspruch bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Dann bleiben die Ostrentner und Ostrentnerinnen im Regen stehen!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Silvia Schmidt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Silvia Schmidt (Eisleben) (SPD):

Sehr verehrter Herr Weiß, ich bin leicht irritiert, da ich eigentlich der Meinung bin, Sie sind ein kluger und intelligenter Mensch. Daher weiß ich nicht, wie ich Ihre Rede interpretieren soll.

Ich möchte Ihnen eines sagen: Die Ostdeutschen wussten ganz genau, dass die Rentenkasse leer ist. Die Ostdeutschen haben in einer friedlichen Revolution gekämpft, und wir konnten uns wiedervereinen. Die Ostdeutschen sind dankbar für die Wiedererlangung der Einheit. (D)

Es sind nicht die Menschen, sondern es war der Staat, der nichts in den Kassen gelassen hat.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Was?)

– In den Rentenkassen. Das Geld wurde woanders ausgegeben, und die Kassen waren leer. Das wissen wir doch. Lesen Sie das im Geschichtsbuch nach!

Es ist bezeichnend, wie lange wir schon über die Angleichung der Ost- und Westrenten diskutieren. Es ist nicht richtig, was Sie gesagt haben, Herr Weiß: Wir haben uns sehr wohl in unserer Regierungszeit mit den Eisenbahnern und Postlern beschäftigt. Wir haben gerade für diejenigen, die in der Diktatur der DDR verfolgt wurden, Verbesserungen herbeigeführt. Es gab auch für sie eine angemessene Rente. Außerdem haben wir ein Renten-Überleitungsgesetz und ein Anwartschaftsüberführungsgesetz mit verfasst.

Es ist also nicht wahr, was Sie gesagt haben. Wir sind genau wie die Väter der Einheit davon ausgegangen, dass die Lohnanpassung stattfinden muss, um zu einer Rentenangleichung zu kommen. Aber – das ist schon von jedem Redner hier deutlich gemacht worden – im Osten verdient man 20 Prozent weniger. Ich kann es nicht mehr hören, wenn in diesem Zusammenhang auf das kleine Saarland oder auf Niedersachsen verwiesen wird.

Silvia Schmidt (Eisleben)

- (A) Ich nenne Ihnen einige Zahlen, die Sie auch nachlesen können: 40 Prozent der Vollzeitstellen im Osten liegen unterhalb der Niedriglohnschwelle. Im Westen sind es nur 18,7 Prozent. Wir haben die meisten Aufstocker, und die Langzeitarbeitslosigkeit ist bei uns gefestigt. Wir haben mit prekären Beschäftigungsverhältnissen zu tun. Das sollte man nicht vergessen. Insofern bringt es nichts, über den Lohn der Menschen in Schleswig-Holstein zu diskutieren. Ich gönne jedem seinen Lohn. Die Gewerkschaften müssen überall für entsprechende Tarifabschlüsse kämpfen; das ist für mich überhaupt kein Thema. Aber es kann nicht sein, dass in der Diskussion die Situation falsch dargestellt wird.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Ich weise ausdrücklich darauf hin: Im Osten verdient man, wie gesagt, generell weniger. Wir brauchen die Höherwertung. Ich glaube, ich habe den Antrag der Linken richtig verstanden, dass sie genau wie wir der Meinung sind: Wenn die Angleichung erfolgt, dann muss auf die Höherwertung verzichtet werden; es sei denn, wir machen es in der Weise, dass wir uns für alle Betroffenen in allen Bundesländern etwas Neues einfallen lassen. So habe ich das verstanden, und ich denke, dieser Punkt sollte aufgenommen werden.

Aber wir brauchen doch diese Höherwertungen über einen längeren Zeitraum, bis tatsächlich eine Lohnangleichung von Ost an West erreicht ist. Ein anderer Punkt ist: Im Bereich des öffentlichen Dienstes und auch in anderen Bereichen ist die Angleichung ja schon – darauf weise ich jedes Mal hin; und ich bitte auch darum, dass noch einmal darüber nachgedacht wird – zu 100 Prozent vollzogen.

- (B)

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Das ist der Punkt!)

In dem Bereich kann man die Höherwertung durchaus weglassen; aber darauf gehen Sie gar nicht ein. Ich habe das hier in den Diskussionen immer wieder gesagt; lesen Sie das in meinen Reden nach!

Nun zu Herrn Bergner, dem Ostbeauftragten.

(Iris Gleicke [SPD]: Wer ist das?)

Ich kann es gar nicht fassen: Sie lächeln das Thema einfach weg.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Ich fasse es einfach nicht! Sie kommen aus Halle, Sachsen-Anhalt. Sie wissen doch ganz genau, wie wenig diese Menschen dort verdienen. Sie wissen, wie schwierig die Situation für die Ostrentner ist.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wer ist der Mann?)

Vielleicht denken Sie auch immer an die relativ hohen Renten für die, die im Bergbau gearbeitet haben.

Als ich angefangen habe, im Bundestag über die Rentner im Osten zu sprechen, gab es noch 5 Millionen

- (C) Ostrentner. Jetzt sind es noch knapp 4 Millionen. Die Kosten können also gar nicht so hoch sein. Und wenn Sie glauben, dass die Ostrentner besser dastehen als alle anderen, und wenn Sie deshalb nichts tun, dann kann ich mich nur an den Kopf fassen und sagen: Gute Nacht, Herr Bergner!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben die Situation in den neuen Bundesländern wie Sachsen-Anhalt einfach nicht verstanden. Da geht einem wirklich die Hutschnur hoch! Es reicht wirklich!

(Iris Gleicke [SPD]: Er hat nur gesagt, es ist zu kompliziert!)

Es gibt so viele Problemsituationen in den einzelnen Bereichen; das ist von den Kollegen meiner Fraktion schon angesprochen worden. Wenn die Kollegen aus den anderen Fraktionen darüber reden, wie die Rente generell in Zukunft aussehen soll, dann kann ich nur sagen: Das ist nett gemeint, aber jetzt geht es ganz speziell um unsere Anträge zu den Renten in Ostdeutschland, in denen wir Verbesserungen fordern. Das müssen wir auch im Wahlkampf einfach deutlich machen.

Man kann nicht auf der einen Seite in den Koalitionsvertrag schreiben, das etwas eingeführt wird, und dann auf der anderen Seite nichts tun und sich zurücknehmen. Es gibt keine Berechnungen oder Vorschläge von Ihnen – noch nicht einmal in Ihrem Wahlprogramm –, die zeigen, dass Sie in den nächsten Jahren etwas tun wollen.

(D)

Dann frage ich mich mit Blick auf die Kollegen von der FDP, ob die Einführung der Mütterrente – Herr Rische spricht von Kosten in Höhe von 19 Milliarden Euro; ich weiß nicht, wie das finanziert werden soll – auch in Ihrem Interesse liegt. Ich denke, wir sollten erst einmal eine einheitliche Lösung anstreben, wozu wir in unserem Regierungsprogramm konkrete Vorschläge gemacht haben. Das hat Frau Gleicke vorhin auch dargestellt.

Ich bin auch etwas enttäuscht – leider ist Frau von der Leyen schon weg –, dass die Ministerin dieses Thema einfach nicht erwähnt bzw. weggeredet hat und jetzt gegangen ist.

(Iris Gleicke [SPD]: Das ist bezeichnend! – Zuruf von der SPD: Verkrümelt hat sie sich auch! – Anton Schaaf [SPD]: Zum Thema Rente hatte sie vier Jahr lang nichts zu sagen!)

– Das ist wirklich sehr bezeichnend. – Wahrscheinlich muss man feststellen: Der Osten findet bei der CDU/CSU überhaupt nicht statt.

Aber bald fängt ja der Wahlkampf an. Die Bürgerinnen und Bürger werden ganz genau anhören und nachfragen, wer was machen will. Wir tun etwas. Ich freue mich darauf. Und beim nächsten Mal: Rot-Grün!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Pascal Kober das Wort.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Pascal Kober (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Gysi, wenn Sie ankündigen, dass Sie beabsichtigen, noch häufiger für den Deutschen Bundestag zu kandidieren, dann empfinde ich das nicht als Drohung, sondern ich verbinde damit die Hoffnung, dass Sie vielleicht in einer der nächsten Legislaturperioden – so Sie denn gewählt werden – doch einige Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft verstehen lernen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuerufe von der LINKEN: Oh!)

Ein Grundsatz ist, dass auch erwirtschaftet werden muss, was nachher verteilt werden soll. Ihr Modell der Aufwertung der Ostrenten, das Sie vorschlagen, kostet zunächst einmal unmittelbar 5 bis 6 Milliarden Euro.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Richtig Geld!)

Der Kollege Heinrich Kolb hat ja schon darauf hingewiesen: Es gibt den erklärten Willen – und dazu gibt es auch Konzepte –, ein einheitliches Rentensystem Ost und West zu schaffen. Das kann man für die FDP eindeutig festhalten. Was Sie aber vorschlagen, kostet so viel Geld, dass man das den künftigen Generationen nicht ohne Weiteres aufbürden kann, ohne gleichzeitig zu sagen, woher das Geld kommen soll.

(B)

In Ihrer Rede haben Sie einen Vorschlag gemacht. Ich erinnere mich: Sie haben den Produktivitätszuwachs angesprochen und dafür das Beispiel aus der Landwirtschaft genommen, wonach heute wesentlich weniger Landwirte mehr Menschen mit Lebensmitteln versorgen können. Was Sie aber verschweigen – auch das gehört mit Blick auf die soziale Marktwirtschaft zur Wahrheit dazu –, ist, dass Sie in Ihrem gesamtpolitischen Konzept noch sehr viel mehr Belastungen für die Wirtschaft vorsehen:

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich L. Kolb [FDP])

höhere Steuern, höhere Löhne, mehr Leistungen im Gesundheitssystem. Die Unternehmer sollen auch noch Investitionen tätigen, damit sie überhaupt am Markt bestehen können. All das soll aus dem Produktivitätszuwachs finanziert werden.

Diese Rechnung wird am Ende nicht aufgehen. Das wird Arbeitsplätze kosten. Wenn aber Arbeitsplätze verloren gehen, dann schaffen Sie genau das, was Sie angeblich verhindern wollen, nämlich neue Armut und Altersarmut in der Zukunft. Lieber Herr Gysi, das sollten Sie einmal begreifen. Wir werden nicht nachlassen, Ihnen das, wenn Sie dem nächsten Bundestag wieder angehören, zu erklären.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Kollege Strengmann-Kuhn, Sie haben sich an einer Stelle ein Stück weit verraten. Sie haben

gesagt: Jetzt muss man schnell handeln. – Nein, im Rentenrecht darf man nicht schnell handeln, sondern man muss überlegt handeln. **(C)**

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: So ist es!)

Auch Sie haben ein Modell vorgelegt und versuchen nun, die Wählerinnen und Wähler zu umgarnen, indem Sie ihnen vorrechnen: Im ersten Jahr kosten die Maßnahmen, die die Grünen vorschlagen, nur 270 Millionen Euro. Sie haben weiterhin vorgerechnet, dass diese Summe in drei Jahren 800 Millionen Euro betragen wird. Dann aber wird es nebulös. Da heißt es: Im Jahr 2030 wird die Summe vielleicht bei 5 Milliarden Euro liegen, wenn bestimmte Maßnahmen – zu diesen Maßnahmen sagen Sie im Detail nichts – flankierend hinzukommen.

Das ist genau die Politik, die wir im Interesse der jüngeren Generation beenden müssen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo sind denn die Berechnungen in Ihrem Modell? Sie haben doch vier Jahre Zeit gehabt!)

Wir dürfen heute nicht einfach Lasten beschließen, von denen wir nicht wissen, wie sie sich auf die Zukunft auswirken.

(Iris Gleicke [SPD]: Das Modell der Grünen haben wir schon verstanden! Erklären Sie uns einmal Ihres!)

Das ist keine seriöse Politik. Wir werden nicht zulassen, dass Sie diese Politik in der nächsten Legislaturperiode umsetzen. **(D)**

Wir von der christlich-liberalen Koalition werden in der nächsten Legislaturperiode weiter regieren. Die vergangenen vier Jahre waren gute Jahre für Deutschland. Die kommenden vier Jahre werden es auch sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat jetzt der Kollege Max Straubinger das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Max Straubinger (CDU/CSU):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte dreht sich wieder einmal um die Rente, in diesem Fall um die Angleichung des Rentenniveaus in Ost und West. Aber es liegen auch Anträge zu anderen Punkten auf dem Tisch, die die Linksfraktion mit dem Ziel eingebracht hat, die Situation derjenigen, die treu für das DDR-Regime gearbeitet haben, zu verbessern. Das ist Ihr besonderes Anliegen, Herr Kollege Gysi.

Wir können in dieser Debatte feststellen: Die großen Gewinner dieser Rentenüberleitung im Rahmen der

Max Straubinger

- (A) Wiedervereinigung sind die Rentnerinnen und Rentner im Osten Deutschlands.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dieser Punkt ist immer voranzustellen. Das wird auch nicht bestritten; denn die Renten, die ein Honecker – auch Sie waren daran beteiligt –

(Iris Gleicke [SPD]: Die CDU auch!)

den Menschen in diesem System geboten hat, haben garantiert nicht glücklich gemacht. Es ist wichtig, herauszustellen, dass es die Leistung von Kanzler Helmut Kohl war, der hier zielbewusst eine Verbesserung herbeigeführt hat. Dafür sind ihm die Menschen dankbar.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der zweite Punkt ist, dass man meines Erachtens in der Rentenpolitik insgesamt gesehen sehr zielorientiert und gemeinsam handeln muss. Da stimme ich ausdrücklich dem Kollegen Kolb zu, der hierzu schon einiges ausgeführt hat. Verlässlichkeit war in der westdeutschen Rentenpolitik immer eine entscheidende Größe. Dieser Grundsatz wurde aber von der SPD aufgekündigt. 1997/1998 gab es nämlich Streit um den demografischen Faktor, der seinerzeit von dem damaligen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm richtigerweise eingeführt wurde.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ein peinliches Kapitel für die SPD!)

- (B) Die SPD und die Grünen haben dann im Bundeswahlkampf 1998 versprochen, diesen Faktor zurückzunehmen, was sie dann tatsächlich getan haben. Später hat dann Kanzler Schröder erkannt, dass dies sein größter politischer Fehler war. Deswegen hat er den sogenannten Abschlagsfaktor eingeführt. Das ist die Politik von SPD und Grünen, die in keiner Weise für ein gutes Rentensystem im Interesse der Rentnerinnen und Rentner in unserem Land steht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In der Rentenversicherung geht es immer auch um die Finanzen. Alles muss von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern bezahlt werden. Die von SPD und Grünen im Jahr 1998 durchgeführte Rentenreform war nicht gut für die Menschen. Ergebnis dieser Reform war – der Kollege Weiß hat bereits darauf hingewiesen –, dass im Dezember 2005 die Renten nur noch mithilfe vorgezogener Steuerzuschüsse ausgezahlt werden konnten –

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Natürlich war es so, Herr Kollege Strengmann-Kuhn. – Zusätzlich mussten Beitragszahlungen vorgezogen werden. Es war notwendig, in einem Jahr 13 Beiträge zu erheben, um die Rentenkasse und die Sozialkassen auf ein solides finanzielles Fundament zu stellen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sagen Sie doch mal was zur Ostrentenangleichung!)

Das war das Ergebnis rot-grüner Sozial- und Rentenpolitik. Man muss den Menschen immer wieder vor Augen führen, dass es unter Angela Merkel und unserer Bundesarbeitsministerin gelungen ist, die Nachhaltigkeitsrücklage in der gesetzlichen Rentenversicherung auf das 1,7-Fache der Monatsausgaben steigen zu lassen. Damit sind die Renten der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland sicher geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist das Ergebnis der erfolgreichen Politik, die wir als Union – zuerst vier Jahre gemeinsam mit der SPD und nun in besonderer Weise mit der FDP – für die Sicherheit der Menschen in unserem Land betreiben.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Und wie gleichen Sie die Ostrenten an?)

Es gibt nun verschiedenste Vorschläge. Genauso wie Linke, SPD und Grüne um das beste Konzept zum Mindestlohn wetteifern, gibt es mittlerweile auch einen Wettbewerb um das beste Rentenkonzept. Der Kollege Gysi hat verdeutlicht, was ihm letztendlich vorschwebt: eine Einheitsrente.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nein! Das ist Unsinn!)

– Doch. – Der Kollege Gysi hat dargelegt, dass er praktisch alle in die Rentenversicherung, also in die Einheitsversicherung, einbeziehen will, unabhängig davon, ob es sich um Beamte, Selbstständige oder Freiberufler handelt. Er will dann alle kräftig einzahlen lassen, aber gleichzeitig das Äquivalenzprinzip aufgeben.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: So ist es! – Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Abflachen!)

– Herr Kollege Gysi, Sie haben gesagt, derjenige, der mehr eingezahlt hat, dürfe ruhig ein bisschen weniger Rente bekommen. Das ist Ihr System. Das hätte eine Einheitsrente in Höhe von rund 1 050 Euro zur Folge, und sonst gar nichts.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nein! Das ist etwas anderes!)

Das sind Ihre Vorstellungen, die Sie aus der untergegangenen DDR in das wiedervereinigte Deutschland quasi überführen wollen. So ist es.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Hanebüchener Unsinn ist das!)

Das zeigt sehr deutlich: Sie sind rentenpolitische Geisterfahrer in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie fahren gar nicht! Sie stehen!)

Ihr Konzept ist garantiert keine gute Grundlage für die Zukunft.

Wir alle sind uns sicherlich darin einig: Von der gesetzlichen Rente muss man leben können. Die Rente soll

Max Straubinger

- (A) Leistung für Lebensleistung sein. Aber ich sage auch ganz bewusst: Leistung für Lebensleistung bedeutet die Beibehaltung des Äquivalenzprinzips. Dieses Prinzip wird in eklatanter Weise durch die Vorschläge der Grünen verletzt, wonach jemand nach geringster Beitragszahlung – möglicherweise 35 Jahre Hartz-IV-Bezug – später eine Rente in Höhe von 850 Euro bekommen soll.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was haben Sie denn für ein Bild von den Menschen in Deutschland?)

Sie setzen Märchen in die Welt. Das ist in keiner Weise erfüllbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das richtet sich vor allen Dingen gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die tagtäglich in der Früh aufstehen und hart arbeiten, genauso wie es Toni Schaaf früher als Maurer gemacht hat. Diese werden später die Gelackmeierten sein; denn sie müssen bei Aufgabe des Äquivalenzprinzips dieses System quasi alleine finanzieren. Deshalb lehnen wir die von Ihnen konzipierten und in den Deutschen Bundestag eingebrachten Pläne ab. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer in Deutschland merkt, dass sie die Gelackmeierten in unserer Gesellschaft sein werden, wenn Ihre Pläne Wirklichkeit werden.

Unter diesem Gesichtspunkt bin ich sehr optimistisch, dass uns die Bürgerinnen und Bürger am 22. September wieder das entsprechende Vertrauen aussprechen, denn sie wissen: Mit der Union und mit der FDP gemeinsam ist die Rentenpolitik in Deutschland in guten und sicheren Händen.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: In welchem Teil von Deutschland denn? – Zuruf von der SPD: Das sehen wir anders!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat jetzt das Wort der Kollege Arnold Vaatz von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Arnold Vaatz (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Steffen war eben erstaunt darüber, dass kein ostdeutscher Redner aus der CDU/CSU-Fraktion an dieser Debatte teilnimmt. Ich weiß gar nicht, ob sie noch da ist. – Ach ja, da ist sie ja.

(Anton Schaaf [SPD]: Wir haben sie gerade reingeholt!)

Frau Steffen, da Sie in der Eifel geboren sind und die Geografie Ihrer neuen Heimat vielleicht noch nicht so richtig kennen, muss ich Ihnen sagen: Frau Kollegin Michalk und meine Wenigkeit sind beide stolze ostdeutsche Volksvertreter; um das einmal klar zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Da wir gerade bei Stolz und Dankbarkeit sind, möchte ich sagen: Ich bin stolz und dankbar, dass wir zugunsten der ostdeutschen Rentner von den Buchstaben unseres Koalitionsvertrages abgewichen sind und eine bessere Lösung zustande gekommen ist als die, an die wir geglaubt haben, als wir diesen Vertrag geschlossen haben. Das ist eine gute Botschaft für die ostdeutschen Rentner.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Iris Gleicke [SPD]: Was denn für eine Lösung? – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wo ist denn die Lösung?)

Wir haben heute schon eine Reihe von Beiträgen gehört. Einen möchte ich ins Gedächtnis zurückrufen. Frau Kollegin Michalk hat kurz erwähnt, wie die Mindestrenten in der DDR gewesen sind.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Aber vergessen, zu sagen, wie hoch die Mieten waren und wie viel die Brötchen gekostet haben!)

Sie hat den Betrag 370 Mark – damals Deutsche Notenbank – genannt. Genau so war es. Dann kam von Ihnen der Zwischenruf, dass die Lebenshaltungskosten viel geringer gewesen seien.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Genau!)

Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas zu den Lebenshaltungskosten: Ein Liter Benzin kostete 1,35 Mark. Rechnen Sie das einmal prozentual auf den heutigen Preis um.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Was kostete denn die Miete?)

Ein Viertel Kaffee der Marke Mona kostete 10 Mark. Eine Damenstrumpfhose kostete 18 Mark. Meine Damen und Herren, das war das Preisgefüge. Selbstverständlich haben Sie recht, wenn Sie sagen, die Mieten seien erheblich niedriger gewesen. Auch die Brötchen haben weniger gekostet.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Aber die Autos waren teurer – wenn es sie gab!)

Im Allgemeinen musste man stundenlang anstehen, um bestimmte Artikel zu kriegen. Sie haben während der ganzen Arbeitszeit Schlange gestanden und am Ende doch nichts gekriegt. Das war die Realität.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Silvia Schmidt [Eisleben] [SPD]: Das wissen wir doch!)

Mich verblüfft immer wieder die Chuzpe, mit der diejenigen, deren Altvorderen diese Katastrophe angerichtet und hinterlassen haben, jetzt von anderen fordern, dass sie für die Schäden, die daraus erwachsen sind, aufkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Das ist menschlicher Abgrund. Das ist nicht einmal politisches Fehlverhalten.

Kommen wir zu den heutigen Anträgen. Es liegt eine ganze Menge an Anträgen vor. Sie haben fast alle eines

Arnold Vaatz

- (A) gemeinsam: Die Angelegenheit wird fast ausschließlich aus der Sicht der Anspruchsberechtigten betrachtet. Allerdings haben bei diesen Rentenfragen wohl auch die Beitragszahler, die die materielle Grundlage schaffen, noch ein Wort mitzureden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, demzufolge ist es absolut korrekt, wenn auch Kollegen aus den alten Bundesländern hierzu ihre Meinung sagen. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass die Rentenbeiträge seit der deutschen Wiedervereinigung überproportional aus dem Bereich der alten Bundesländer erbracht worden sind.

(Silvia Schmidt [Eisleben] [SPD]: Das wissen wir doch! Dafür sind wir dankbar!)

Dafür sind wir sehr dankbar. Das ist eine sehr große Solidaritätsleistung.

(Iris Gleicke [SPD]: Nun ist aber gut! Die Ostdeutschen zahlen auch seit 23 Jahren ein!)

Das nächste Thema: Fremdreten. Auch dazu will ich Stellung nehmen. Ich verstehe, dass es für die bisherigen Fremdretenbezieher keine gute Nachricht ist, wenn sie jetzt in das Rentensystem Ost eingegliedert werden; das ist richtig. Ich bin mir aber nicht sicher, ob der Fortbestand der dauerhaften Besserstellung derjenigen, die in die damalige Bundesrepublik Deutschland ausgereist sind – auf welchem Weg auch immer –, von jedem unbedingt als gerecht empfunden wird. Ich kenne Familien, bei denen der ältere Bruder in den Westen gegangen und der jüngere zu Hause geblieben ist. Der ältere Bruder sagt mir heute, er wolle überhaupt nicht besser gestellt werden als sein in der DDR verbliebener Bruder. Dieser hat nämlich ein ganz anderes Schicksal hinter sich. Das sollte man gegenseitig akzeptieren.

(B)

Aus diesem Grunde halte ich es für richtig, dass wir darauf warten, was das Bundesverfassungsgericht dazu sagt. Eine entsprechende Klage ist dort anhängig. Dann werden wir sehen, wie die Dinge ausgehen.

(Iris Gleicke [SPD]: Regierung im Wartestand: bei Schwulen und Lesben, bei den Renten, bei vielen anderen Dingen!)

Herr Birkwald, Sie haben vorhin eine meines Erachtens relativ bemerkenswerte Zwischenfrage gestellt. Sie haben im Grunde genommen das Zustandekommen und die Wirkungsweise des Rentensystems erläutert. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Sie haben dabei eine klitzekleine Sache vergessen; das versuche ich zu ergänzen. Die ursprüngliche Situation war, dass man die ostdeutschen Rentner nach 1990 niemals einfach nach dem westlichen System hätte bezahlen können; denn dann hätte man die wesentlich niedrigeren Gehälter, nämlich die Gehälter, die in Ostdeutschland gezahlt worden sind – das waren im Vergleich zum Westen 30 Prozent nominal –, zur Grundlage des Rentenanspruchs machen müssen. Aus diesem Grunde hat man sich entschieden, eine Höherwertung anzusetzen und die ostdeutschen Anwartschaften so zu gestalten, als hätten die Betroffenen in Westdeutschland gearbeitet und die dadurch entstande-

nen Rentenansprüche erworben. Dadurch ist eine enorme Hochwertung entstanden. Das ist auch vernünftig. (C)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Dagegen habe ich auch nichts gesagt!)

Wissen Sie, was in Ostdeutschland passiert wäre, wenn man diese Werte mit dem westdeutschen Rentenwert multipliziert hätte? Dann wäre Folgendes passiert – ich kann Ihnen die Rechenbeispiele zeigen –: Es hätte Fälle gegeben, wo derjenige, der in Rente geht, mehr Geld bekommen hätte als derjenige, der im aktiven Berufsleben steht. Meine Damen und Herren, das geht nicht.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Damals! Heute geht es nicht mehr!)

Wir hatten in der DDR bei den Gehältern ein Verhältnis von 30 zu 100 Prozent. Vergewöhnen Sie sich das einmal. Wir können doch nicht den aktiv Arbeitenden zumuten, dass sie weniger verdienen als diejenigen, die in Rente gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aus diesem Grunde war es völlig richtig, dass wir getrennte Rentenwerte eingeführt haben.

Wir haben dann gesagt: Konvergenz im Lohnbereich zieht Konvergenz im Rentenbereich nach sich. In diesem Jahr ist der Beweis erbracht, dass diese Tendenz anhält.

(Iris Gleicke [SPD]: Quatsch! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist Unsinn!)

In diesem Jahr haben wir eine Steigerung der Rente im Westen um 0,25 Prozent und eine Steigerung im Osten um 3,29 Prozent. Das ist der Faktor 13. Mehr kann man nicht erwarten. Wir sind dankbar für diese hervorragende Entwicklung und hoffen, dass sie anhält. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/13453 mit dem Titel „Vertrauensschutz bei Rentenleistungen für alle aus der DDR Geflüchteten, Abgeschobenen und Ausgereisten gewähren“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf Drucksache 17/13971. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/10996 mit dem Titel „Angleichung der Renten in Ostdeutschland auf das Westniveau bis 2016 umsetzen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Bündnis 90/

Dr. Hermann Otto Solms

- (A) Die Grünen gegen die Stimmen der Linken bei Enthaltung der SPD-Fraktion.

Unter Buchstabe b empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/12507 mit dem Titel „Gleiches Rentenrecht in Ost und West, Rentenüberleitung zum Abschluss bringen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion bei Gegenstimmen der Fraktion Die Grünen und Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/13865, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/7034 abzulehnen. Wer stimmt dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diese Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/13963 mit dem Titel „Stufenplan zur Angleichung des Rentensystems in Ost und West jetzt auf den Weg bringen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Grünen gegen die Stimmen der SPD und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

- (B)

Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf Drucksache 17/8956. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/6486 mit dem Titel „Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines ‚Rentenüberleitungsabschlussgesetzes‘ und zur Einrichtung eines ‚Härtefallfonds‘“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung von Linken und Grünen.

Unter Buchstabe b empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/6487 mit dem Titel „Sofortige Ost-West-Angleichung von pauschal bewerteten Versicherungszeiten beim Erwerb von Entgeltpunkten für die Rentenversicherung vornehmen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen.

Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Altersarmut bekämpfen – Mit der Garantierente“. Der Aus-

schuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14084, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/13493 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD, der FDP und der Linken bei Gegenstimmen der Grünen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 22 sowie den Tagesordnungspunkt 72 auf:

ZP 22 – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Ergänzung des Betreuungsgeldgesetzes (Betreuungsgeldergänzungsgesetz)**

– Drucksache 17/11315 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

– Drucksache 17/14198 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Dorothee Bär
Christel Humme
Miriam Gruß
Diana Golze
Katja Dörner

– Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 17/14208 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Andreas Matfeldt
Rolf Schwanitz
Dr. Florian Toncar
Steffen Bockmann
Sven-Christian Kindler

72 Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Aufhebung des Betreuungsgeldgesetzes**.

– Drucksache 17/13112 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Rechtsausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Haushaltsausschuss

Zum Gesetzentwurf zur Ergänzung des Betreuungsgeldgesetzes liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über den wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch dagegen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist das so beschlossen.

(Unruhe)

Bevor ich die Aussprache eröffne, bitte ich die Kolleginnen und Kollegen, die an dieser Debatte nicht teilneh-

Erläuterung zu den Abstimmungsergebnissen

Abstimmungen im Plenum des Bundestages sind sowohl direkt über einen Antrag oder einen Gesetzentwurf möglich oder aber sie erfolgen über eine Beschlussempfehlung, die der jeweilige federführende Ausschuss gegeben hat.

Die Beschlussempfehlungen geben die Mehrheitsmeinung des Ausschusses wieder. Diese Mehrheit ist immer durch die Regierungsfaktionen gegeben (unabhängig davon, wie sich die Abgeordneten der anderen Fraktionen entscheiden), da die Zusammensetzung der Ausschüsse der Zusammensetzung des Bundestages entspricht.

Was bedeutet dies, wenn im Plenum über eine Beschlussempfehlung abgestimmt wird?

Empfiehlt die Beschlussempfehlung zum Beispiel eine Ablehnung, dann wird es sich um einen Antrag oder einen Gesetzentwurf von einer der Oppositionsfaktionen handeln. Die jeweilige Fraktion (gegebenenfalls unterstützt von den anderen Oppositionsfaktionen) wird dann im Plenum Nein zur Beschlussempfehlung sagen, um ihr Ja für den eigentlichen Antrag zum Ausdruck zu bringen.

Im umgedrehten Fall wird in den Beschlussempfehlungen für die parlamentarischen Initiativen der Regierungsfaktionen jeweils Zustimmung vorgeschlagen. Wollen die Oppositionsfaktionen die Regierungsanträge ablehnen, müssen sie gegen die Beschlussempfehlung stimmen. Das tun sie aber nicht immer: Die Oppositionsfaktionen stimmen durchaus auch für Initiativen der Bundesregierung, wenn einzelne Gesetzentwürfe von der Sache her zu unterstützen sind.

Im Folgenden deshalb noch einmal die **Positionierung der Fraktionen zu den einzelnen Anträgen** und ihren Inhalten (und nicht zu den Beschlussempfehlungen) bei der Rentendebatte am 28. Juni 2013:

Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/13453

Vertrauensschutz bei Rentenleistungen für alle aus der DDR-Geflüchteten, Abgeschobenen und Ausgereisten gewähren

Zustimmung: DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Ablehnung: CDU/CSU, FDP

Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/10996

Angleichung der Renten in Ostdeutschland auf das Westniveau bis 2016 umsetzen

Zustimmung: Die LINKE

Ablehnung: CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen

Enthaltung: SPD

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/12507

Gleiches Rentenrecht in Ost und West, Rentenüberleitung zum Abschluss bringen

Zustimmung: Bündnis 90/Die Grünen

Ablehnung: CDU/CSU, FDP, SPD

Enthaltung: DIE LINKE

Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/7034

Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: CDU/CSU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 17/13963

Stufenplan zur Angleichung des Rentensystems in Ost und West jetzt auf den Weg bringen

Zustimmung: SPD

Ablehnung: CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen

Enthaltung: DIE LINKE

Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 17/6486

Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines "Rentenüberleitungsabschlussgesetzes" und zur Einrichtung eines "Härtefallfonds"

Zustimmung: SPD

Ablehnung: CDU/CSU, FDP

Enthaltung: DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen

Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 17/6487

Sofortige Ost-West-Angleichung von pauschal bewerteten Versicherungszeiten beim Erwerb von Entgeltpunkten für die Rentenversicherung vornehmen

Zustimmung: SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen

Ablehnung: CDU/CSU, FDP

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/13493

Altersarmut bekämpfen – Mit der Garantierente

Zustimmung: Bündnis 90/Die Grünen

Ablehnung: CDU/CSU, FDP, SPD, DIE LINKE